Nr. 200

2. Juli 1992

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

... darüber vergessen werden. Gerade der Automobilismus erweist sich in seiner konkreten Ausgestaltung als Triumph des Egoismus, »der bürgerlichen Ideologie auf der Ebene alltäglicher Praxis« (Gorz 1977, 90) – und dies nicht erst seit es jährlich wechselnde Modelle und eine Fülle individueller Ausgestaltungsmög-lich...



I N H A L T

Wir begrüßen und beglückwünschen Euch und uns zu der 200. Ausgabe des Zentralorgans der westberliner autonomen Szene, anläßlich derer wir unser Planziel um 20% überboten haben und so der Volxwirtschaft nicht nur fünf, sondern sechs Sterne zur Verfügung stellen. (Lang anhaltender, immer wieder durch Hochrufe auf die Gen.d.ZK unterbrochener Beifall)
Die Hitze hat uns diesmal die Sache recht schwer gemacht. Aber offensichtlich nicht nur uns, denn es kamen nur wenig Beiträge aus Berlin. Dabei passiert doch was in dieser Stadt und es steht doch auch einiges an, außer dem Sommerloch natürlich (Mieterhöhungen im Osten, Beginn der Bauarbeiten am inneren Stadtring, ANTIFAmobilisierung nach Nauen, Einberufungen zur Bundeswehr und und und ?! Schade eigentlich, aber vieleicht sind ja doch alle nach München gefahren?!

Dennoch sahen wir uns gezwungen, den Ordner mit folgenden Beiträgen zu füllen: * Papenburg-Moor/Hüttendorf Aufruf * SOS-Rassism./erste Seite (jurist.Einleitung) * Selbstdarstellung zur "Kunstbesetzung der Kastanienallee 77 durch die Gruppe "WAWAVOX" (trotz Schokolade) * KoMM-Nürnberg/Staatsterror in Nürnberg im Vorfeld des WWG * Aufruf (Frauen) zum FrauenLesben Block bei der Großdemo in München (leider buntes, nichtreproduzierbares Papier)

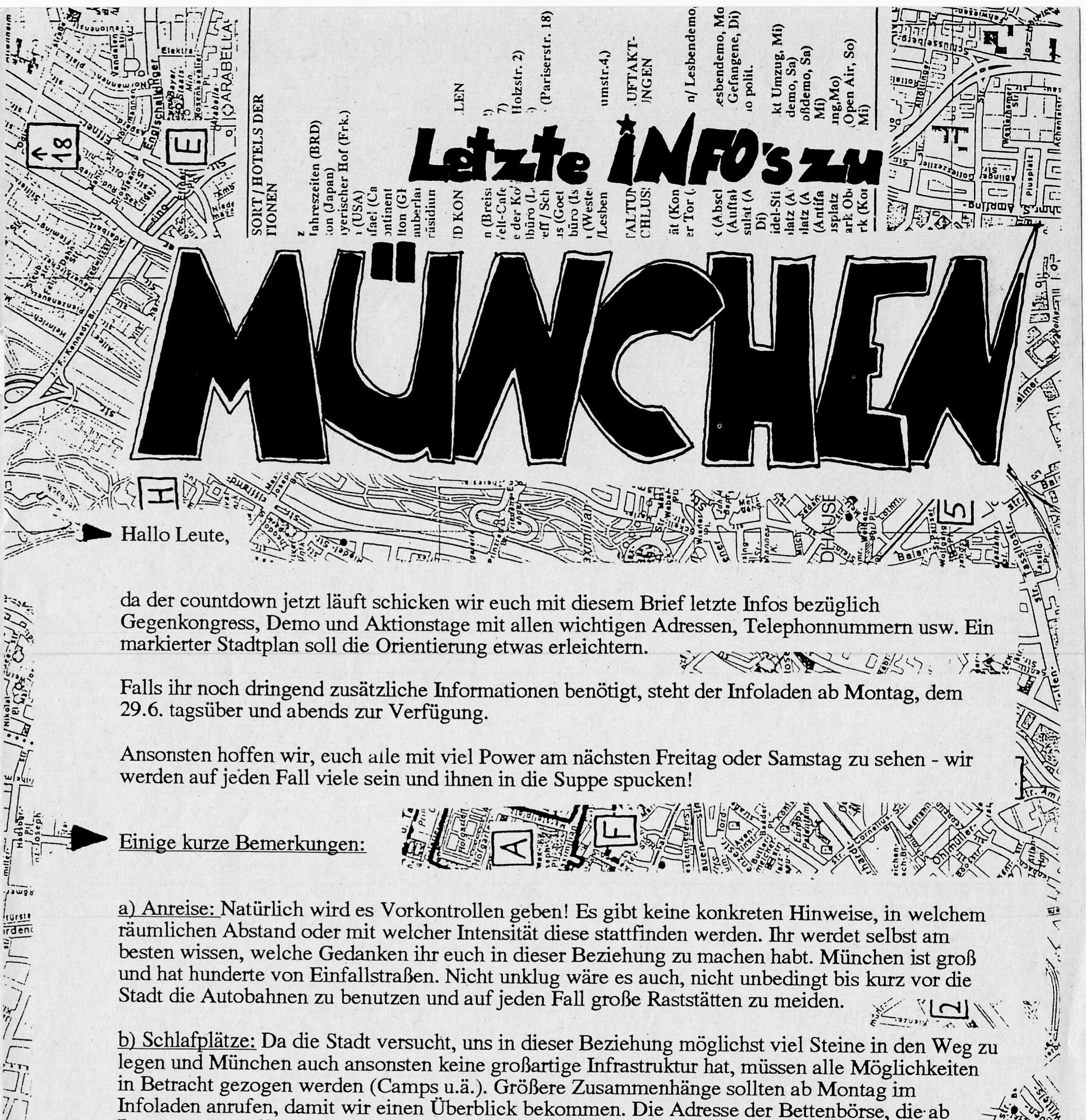
Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Letzte INFO's zu MÜNCHEN

Hallo Leute,

da der countdown jetzt läuft schicken wir euch mit diesem Brief letzte Infos bezüglich Gegenkongress, Demo und Aktionstage mit allen wichtigen Adressen, Telephonnummern usw. Ein markierter Stadtplan soll die Orientierung etwas erleichtern.

Falls ihr noch dringend zusätzliche Informationen benötigt, steht der Infoladen ab Montag, dem 29.6. tagsüber und abends zur Verfügung.

Ansonsten hoffen wir, euch alle mit viel Power am nächsten Freitag oder Samstag zu sehen - wir werden auf jeden Fall viele sein und ihnen in die Suppe spucken!

Einige kurze Bemerkungen:

a) Anreise: Natürlich wird es Vorkontrollen geben! Es gibt keine konkreten Hinweise, in welchem räumlichen Abstand oder mit welcher Intensität diese stattfinden werden. Ihr werdet selbst am besten wissen, welche Gedanken ihr euch in dieser Beziehung zu machen habt. München ist groß und hat hunderte von Einfallstraßen. Nicht unklug wäre es auch, nicht unbedingt bis kurz vor die Stadt die Autobahnen zu benutzen und auf jeden Fall große Raststätten zu meiden.

b) Schlafplätze: Da die Stadt versucht, uns in dieser Beziehung möglichst viel Steine in den Weg zu legen und München auch ansonsten keine großartige Infrastruktur hat, müssen alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden (Camps u.ä.). Größere Zusammenhänge sollten ab Montag im Infoladen anrufen, damit wir einen Überblick bekommen. Die Adresse der Bettenbörse, die ab Donnerstag geöffnet sein wird, steht weiter unten. Auf jeden Fall solltet ihr wenn irgendwie möglich Zelte und Isomatten mitbringen!

c) Gegenkongress: Nach mündlichen Zusagen hat der Uni-Präsident dem veranstaltenden Sprecherrat nun schriftlich die Räume verweigert. Begründung ist, daß die Demo an der Uni vorbeigehen würde. Da dies mittlerweile nicht mehr der Fall ist stehen die Chancen für die Klage vor dem Verwaltunggericht, die jetzt eingereicht wurde, nicht schlecht. Es haben sich schon mehere tausend TeilnehmerInnen angemeldet und er wird auf jeden Fall stattfinden!

d) Demo: Es gibt eine gerichtliche Auseinandersetzung über einen Teil der Route (Maximilianstr. - Max Josef Platz), da dieser durch den inneren Sperrgürtel gehen würde. Ansonsten ist die Demo generell genemigt worden. Besondere Auflagen gibt es bis jetzt keine.

Kämpferische Grüße an euch alle und bis dann!

Letztes Inforundschreiben in der Woche ab 22. Juni

Hallo Leute!

1.) ERMITTLUNGSAUSCHUSS (EA)

5021720

Nummer auswendig lernen
oder
auf den Arm schreiben !!

2.) In mehreren Bayrischen Städten sind Außen EA`s eingerichtet, die sich drum kümmern, wenn Leute schon im Vorfeld bei der Anreise Abgegriffen werden.

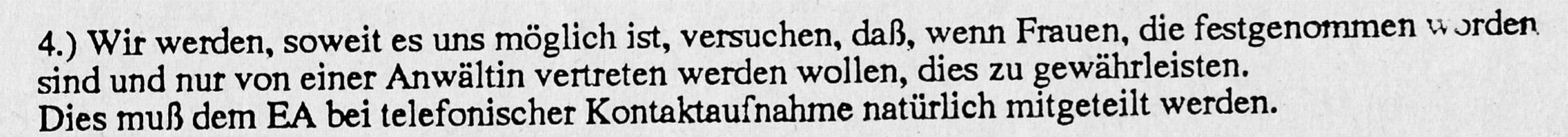
a. Würzburg Mi.: 1.7.
Do.: 2.7.
Fr.:
Tel.: Nr.: 0931/ 412161

b. Nürnberg Do.: 2.7.
Fr.: 3.7. } Durchgehend
Sa.: 4.7.
Tel.: 0911/ 226598

c. Augsburg Mi.: 1.7. 18.00- 20.00
Do.:2.7. 18.00 - 23.00
Fr.:3.7. 10.00 - 0.00 Uhr
Sa.: 4.7. 0.00 - 18.00 Uhr
Tel.: 0821/ 312415
in Augsburg gibts auch Pennplätze
wie EA. Tel.: 0821/ 155999 besetzt zu den gleichen Zeiten

Also wenn Unterwegs was is meldet euch beim nächsten EA. Die melden sich dann bei uns.

3.) Wir werden AnwältInnen in der Regel nur dann einschalten :
- Beschuldigungen nach 129a
- schwerem Landfriedensbruch
- Vorführung vor den Haftrichter
- Verletzungen bei Festgenommen
- Schwierigkeiten nach AusländerInnen-/Asylverfahrensgesetz
- Frauen mit Kindern
- Massenfestnahmen
- Unterbindungsgewarsam



4.) Wir werden, soweit es uns möglich ist, versuchen, daß, wenn Frauen, die festgenommen worden sind und nur von einer Anwältin vertreten werden wollen, dies zu gewährleisten.
Dies muß dem EA bei telefonischer Kontaktaufnahme natürlich mitgeteilt werden.

5.) Bringt Telefonkarten mit!! In Münchens Innenstadt gibts fast nur noch Kartentelefone.

6.) In allen Infostellen zum WWG in München werden in den Tagen Infozettel (auch in ital., franz., span., engl., türk.,) mit Rechtshilfetips ausliegen, und zwar Infoblatt zum Unterbindungsgewarsam, Jugendstrafrecht, AusländerInnen-/Asylverfahrensgesetz, ausführlicher EA Zettel, Sani-Zettel.

7.) Wichtig. Menschen die Fit in engl., franz., ital., span., türk., kurd., sind und sich vorstellen können als ÜbersetzerInnen bei den Infostellen tätig zu werden, sollen sich dort melden.

8.) Infostellen:
Holzstr.: Tel.: 268123
Infoladen Breisacherstr.12, 4489638
Fraueninfo, Baumstr. 4, TEl.: 2015700
Komala, Westendstr. 49 (Für kurdisch-türkische GenossInnen)
Volkshaus, Goethestr. 18, (Für kurdisch-türkische GenossInnen)
Dritte Welt Cafe, Daiserstr. 9, Tel.: 772696

Grüße euer EA München

GROSSDEMONSTRATION

Samstag, 4. Juli 1992

* Zu 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand * Gegen Sexismus, gegen Patriarchat * Gegen Rassismus *Menschenrechte weltweit, zur Situation von Gefangenen aus Widerstands- und Befreiungsbewegungen * Gegen die neue Rolle der BRD * Gegen die "Festung Europa", EG '92 * Zu Ökologie, gegen das Wirtschaftsmodell der Naturzerstörung * Zu Militär, Rüstung.

Auftakt 13:00 Marienplatz   Abschluss 17:00 Odeonsplatz

Um die Verbindung von Demo/Aktionstagen/Kongreß zu dokumentieren sowie den internationalistischen Charakter der Demo zu verdeutlichen, sollen die ReferentInnen und MitarbeiterInnen des Gegenkongresses als "Kongreß-block" die Spitze der Demo bilden.
Der Kongreß wird am Samstag unterbrochen, um zusammen auf die Demo gehen zu können.
Die Auftaktkundgebung wird mit kulturellem Programm gestaltet und auch länger sein, um genügend Zeit zur Sammlung aller auch von weiter her Angereisten zu haben.

AKTIONSTAGE VOM 6. BIS 8. JULI

Täglich Montag bis Mittwoch:

- 9 bis 19 Uhr: Infobörse am Marienplatz
- Täglich ab **19.00 Uhr** genießen wir gemeinsam den lauen Sommerabend am **Stachus.**
- Aktivitäten verschiedener Gruppen mit dezentralem Charakter, z.B. Straßentheater, Performance, Veranstaltungen, etc. zu: Militär, Bundeswehr, UNO-Blauhelme, zu Bevölkerungspolitik, zu Gentechnologie (Europäisches Patentamt), zur "Ostkolonisierung der DDR" (Gruppen aus der EX-DDR) etc.

6.7. Montag:

- ab **10 Uhr:** Kohl begrüßt hinter der Residenz am Max-Joseph-Platz im 1o Minuten Rhythmus die Deligationen des WWG. Mit Gebirgsschützen, Nationalhymnen und "Bevölkerung". Also auf zum **Max-Joseph-Platz: Begrüßen wir sie!**
- **15.30 Uhr:** Zentrale Aktion der bundesweiten Frauen-Lesben-Mobilisierung: **Kundgebung** und Demonstration vom **Sendlinger Tor** zum Frauen- und Jungendknast Neudeck
- **18.00 Uhr: Kundgebung** "Kein Platz für Kolumbus" am **Kolumbusplatz**
- **20.00 Uhr:** Veranstaltung im Haus International , Elisabethstr.87
- **20.00 Uhr:** Veranstaltung gegen Gentechnologie im **Haidhausner Bürgersaal,** Rosenheimerstr.123

7.7. Dienstag:

- **9 Uhr:** Gemeinsame Aktion zur Situation von politischen Gefangenen / Menschenrechtsverletzungen/ politischer Verfolgung weltweit: Büchertisch und Kundgebung am **Justizministerium/Stachus** (mit Beitrag und Resolutionsübergabe zur Freilassung von Bernd Rössner und den anderen haftunfähigen Gefangenen)
- **ab 11 Uhr:** Demonstration über den Platz der Opfer des Nationalsozialismus (Beitrag zur Verurteilung des Antifaschisten Bögelein zu lebenslänglich) zum **US-Konsulat** (Beitrag zu den politischen Gefangenen in den USA und Resolutionsübergabe zur sofortigen Aufhebung des Todesurteils gegen Mumia Abu- Jamal)
- **15:30 Uhr:** Zentrale Aktion zum Mobilisierungsschwerpunkt Asyl/Migration/ Rassismus/Festung Europa: Kundgebung vor dem **Kreisverwaltungsreferat,** U-Bahnhof Poccistr., anschließend Demo zum Stachus
- **17.00 Uhr:** Straßentheater "die 7 letzten Tage der Menschheit" am **Sendlingertorplatz**
-**20.00 Uhr:** Veranstaltung des antirassistischen Bündnisses "Gegen Rassismus, zu Asyl und Abschiebung", **Zunfthaus,** Thalkirchnerstr. 76
- **20.00 Uhr:** Konzert gegen den WWG im **Nachtwerk,** Landsbergerstr. 125

8.7. Mittwoch:

- **9.00 Uhr:** Antifaschistisches Frühstück mit Infostand unterhalb der Bavaria auf der **Theresienwiese**
-**15.30:** Abschlußaktion aller Menschen und Gruppen, die sich an den Aktionstagen beteiligen: Auftaktkundgebung an der **Hans-Seidel-Stiftung** (Lazarettstraße, U1 Maillingerstr.).
Anschließend ein plakativer Umzug mit Straßentheater und Performance, auf dem alle in den Aktionstagen dargestellten Themenschwerpunkte nochmals gemeinsam auf die Straße gebracht werden.
Route: Justizpalast, Museen (kultureller Raub), Deutsche Bank, Börse
-18 Uhr: Abschlußkundgebung: Richard-Strauss-Brunnen.
-21.00 Uhr: Konzert gegen den WWG im Nachtwerk, Landsbergerstr. 125

Billiges Essen gibt es:

Bei der Auftaktkundgebung der Großdemo, bei den Konzerten im Nachtwerk, bei dem Sommerfest in der Kulturstation.

Ansonsten in folgenden Kneipen:

Stoa
Gollierstr. 38, 11.30 - 1.00 Uhr
(bei Vorlage dieser Zeitung);

Weiße Taube
Westendstr.117, 16.30 - 1.00 Uhr;

Cafe Stöpsel
Preysingplatz, 12.00 - 19.00 Uhr

Cafe Größenwahn
Lothringerstr. 11, 13.30 - 17.00 Uhr

Informationsstellen:

(von Fr. 3.7. bis Mi.8.7. ständig geöffnet)

Büro des Münchner Bündnisses
Holzstr.2, 8 M 5, Tel. 268123

Infoladen
Breisacherstr.12, 8 M 80, Tel. 4489638

Infostelle für Frauen/Lesben
Baumstr.4, 8 M 5, Tel. 2015700

Dritte-Welt-Cafe
Daiserstr. 9, 8 M 70, Tel. 772696

Kontaktstellen:

Friedensbüro
Isabellastr.6, 8 M 40, Tel. 2715917

Komm-Treff
Pariserstr. 18, 8 M 80, Tel. 4482271

Frauenkoordination c/o Werkhaus
Leonrodstr.19, 8 M 19, Tel. 168116
(für Frauen/Lesben)

Komala
Westendstr. 49, 8 M 2
(für kurdisch-türkische GenossInnen)

Volkshaus
Goethestr. 18, 8 M 2
(für kurdisch-türkische GenossInnen)

Kongressbüro:

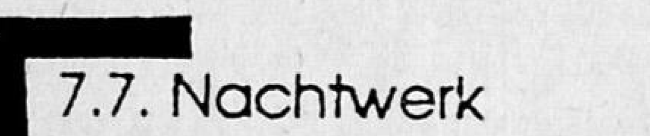
Im Sprecherrat der Universität München, Leopoldstr.15, 8 M 40, Tel. 21802072

Schlafplätze:

Alle, die Schlafplätze in der Zeit vom 3. -8. Juli anbieten können, melden sich bitte beim Büro des Münchner Bündnisses, Tel. 268123.
Schlafplatzvergabe ist von Donnerstag den 2. Juli 15.00 Uhr bis Sonntag den 5. Juli abends im Kommtreff, Pariserstr.18, Tel. 4482271

"Heisse Nächte Laute Klänge"

Konzerte gegen den Gipfel



7.7. Nachtwerk (Landsberger Str.185)	Kasperl (Heiter bis wolkig, Köln)
	Mortality (München)
	P.N.A.T.S.H. (Berlin)
8.7. Nachtwerk	Bernd Begemann, der elektrische Liedermacher (Hamburg)
	Scree ch (Bonn)
	Bokassa's Fridge (Starnberg)

Beginn: 20.00 Uhr
(Soli) Eintritt: 10,- DM
Für Essen ist gesorgt

VERANSTALTUNGSHINWEIS:

Open - Air

Sonntag, 5.Juli, ab 15.00 Uhr
Kulturstation, Oberföhringerstr.156

Mit: Happy Mandolinis, Die Nestbeschmutzer (Kabarett), Captain Hammer (Punk-rock), Meoldie Lee

Eintritt frei!

Impressum:
ANTI-WWG-INFO 1992. Beilage/Infoblatt. Erscheint unregelmäßig. Herausgegeben von: Bundeskoordination linksradikaler Gruppen gegen den WWG. V.i.S.d.P.: G. Sturm. Redaktions- und Bestelladresse: AWI 1992 c/o "3. Welt"-Haus, Westerbachstr. 40, 6000 Frankfurt/M.-90, Eigendruck im Selbstverlag.
Eigentumsvorbehalt:
Das Anti-WWG-Info ist so lange Eigentum der Absenderin, bis es der/dem Gefangenen ausgehändigt wird. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung i.S. des Vorbehalts. Wird das Info der /dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es Absenderin mit dem Grund

DIE MIT BEIDEN BEINEN AUF DEM BODEN STEHEN, KOMMEN NICHT VORAN!



Kommt mit Schwung

zur **Großdemo** am 4.7.92
zum **Kongreß** vom 3.7. bis 5.7.92,
zu den **Aktionstagen** vom 6.-8.7.92
gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München

PROGRAMM für ♀♀♀♀ *

* Wir haben uns für die Verwendung des Symbols ♀♀♀♀ entschieden, um die unterschiedliche Herkunft, Kultur und/ oder Hautfarbe von Frauen zu benennen und sichtbar zu machen.

Freitag

13.00 - 1.00 **Infostelle**
18.00 - 22.00 **Eröffnungsveranstaltung**
Kongreß "Die neue Weltordnung, Entwicklungen in Osteuropa, die Rolle der BRD"
21.00 ♀♀♀♀ -Plenum (zur Demo) wegen Raum- und Zeitmangel möglichst nur 1-2 ♀♀♀♀ pro Stadt/Gruppe und Einzel-♀♀♀♀

Samstag

9.00 - 22.00 **Infostelle**
9.00 - 10.30 **Frauenforum**
Kongreß Referate zur Bevölkerungspolitk und deren Auswirkungen auf die Frauen
- Ferida Akhter, UBINIG, Bangladesh
- Vertreterin von PROFEMINA, Warschau
- Barbara Ritter, § 218-Koordination, BRD

10.45-11.45 Arbeitsgruppen mit den Referentinnen
12.00 -12.30 Abschlußplenum: Ergebnisse und Forderungen
13.00 ♀♀♀♀ **-Block**
Demo Marienplatz: Auftaktkundgebung
18.00-22.00 **Frauenforum**
Kongreß Podiumsdiskussion: Perspektiven der internationalen Frauenbewegung Moderation: Ute Winkler, FINRAGE (Feministisches Internationales Netzwerk des Widerstandes gegen Gen- und Fortpflanzungstechnologie)
ab 21.00 ♀♀♀♀ **- Fest** mit veganischem Essen

Sonntag

12.00 - 18.00 **Infostelle**
9.00-11.30 Arbeitsgruppen aller
Kongreß gemischtgeschlechtlichen Foren
12.00-14.00 **Abschlußplenum**
Kongreß
21.00 ♀♀♀♀ - Plenum

Montag

10.00 - 21.00 **Infostelle**
ab 10.00 Wir (♀ und ♂) begrüßen die Delegationen des Weltwirtschaftsgipfels auf dem offiziellen "Empfang mit Bürgerbeteiligung" am Max-Josephs-Platz vor der Residenz
15.30 ♀♀♀♀ **-Knastdemo** Sendlinger Tor (U1/2, U3/6)
19.00 Täglich genießen wir (♀ und ♂)gemeinsam den lauen Sommerabend am Stachus

Dienstag

10.00-18.00 **Infostelle**
9.00 Aktion von ♀ und ♂ zur Situation von politischen Gefangenen/Menschenrechtsverletzungen/ politischer Verfolgung weltweit: Infomarkt und Kundgebung am Stachus/Justizministerium, von dort um 11 Uhr Demonstration über den Platz der Opfer des Nationalsozialismus zum US-Konsulat



19.00 (siehe Montag 19.00)
21.00 ♀♀♀♀ **- Plenum**

Mittwoch

10.00-20.00 **Infostelle**
15.30 zentrale Abschlußaktion ♀ und ♂ Hans-Seidel-Stiftung (Lazarettstraße) U1- Maillingerstr.
Plakativer Umzug aller Menschen und Gruppen, die sich an den Aktionstagen beteiligen, auf dem alle Themenschwerpunkte nochmals gemeinsam auf die Straße gebracht werden.
19.00 (siehe Montag 19.00)
21.00 ♀♀♀♀ **- Plenum**

Kongreß vom 3.7.-5.7.92

an der Ludwig-Maximilians-Universiät München

Veranstalter: Sprecherrat mit einem breiten UnterstützerInnenkreis

Auf dem internationalen Gegenkongreß wollen wir über die Auswirkungen der vom Weltwirtschaftsgipfel repräsentierten Weltordnung sprechen, die in der Kontinuität von 500 Jahren Kolonisierung Afrikas, Asiens, Amerikas und Ozeaniens steht. Mit Menschen aus Basis- und Befreiungsprozessen werden wir über ihre und unsere Erfahrungen im Widerstand und über gemeinsame Perspektiven diskutieren.

Am Freitagabend (3.7.) beginnt der Kongreß mit einer Eröffnungsveranstaltung. Samstag vor und nach der Demonstration und Sonntag vormittag tagen verschiedene Foren zu den Themen "500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand, Demokratie und Menschenrechte" - "Migration, Rassimus" - "Ökologie" - "Herrschaftssicherung und Rüstungspolitik" - "Osteuropa und GUS-Staaten" und "Weltwirtschaft".

Am Sonntag mittag ist das gemeinsame Abschlußplenum.

Nur für ♀♀♀ findet am Samstag das **Frauenforum** statt:

1) Für das Recht der ♀♀♀ auf Selbstbestimmung, gegen das Herrschaftsinstrument Bevölkerungspolitik

Am Samstag nachmittag geht es um Widerstand gegen Bevölkerungspolitik und um das Selbstbestimmungsrecht der ♀♀♀. Gegenstand der Diskussion wird der Unterschied der Bevölkerungspolitik in den Trikontländern, in Osteuropa und in der BRD sein, und die Möglichkeit der gegenseitigen Unterstützung. Bevölkerungswachstum ist nicht die Ursache für mangelndes Wirtschaftswachstum oder "Unterentwicklung", sondern die Folge von mangelnder sozialer Sicherung, Hunger und Verelendung.

Weltweit ist der Alltag von ♀♀♀ geprägt von patriarchalen Herrschaftsinteressen und Strukturen der Unterdrückung. Angesichts der Diskussionen über § 218 und "Lebensschutz" in der BRD, der Entwicklung neuer Reproduktionstechnologien und von Strategien, mit denen Frauen in den Trikont-Ländern zur Sterilisation und zum Gebrauch von gesundheitsschädlichen Verhütungsmitteln gedrängt werden, kann das Recht auf Selbstbestimmung nicht mehr isoliert von den politischen Zusammenhängen diskutiert werden. In den Referaten werden die unterschiedlichen Hintergründe, Strategien und bevölkerungspolitischen Maßnahmen der verschiedenen Länder dargestellt, die ♀♀♀ an selbstbestimmtem Leben hindern. Es geht um die Verbindung von Bevölkerungpolitik und Wirtschaftsinteressen, Rassismus, Militiarismus, Entwicklungsfragen und ♀♀♀ -Alltag.

2) Podiumsdiskussion: Perspektiven der internationalen Frauenbewegung

Am Samstagabend sind auch die ♀♀♀ aus den anderen Foren zur Diskussion eingeladen. Ziel des Gesprächs ist es, Analysen und Handlungsansätze zur internationalen Vernetzung von ♀♀♀ auszutauschen - von ♀♀♀ aus verschiedenen Regionen der Welt, mit unterschiedlichem sozialen und kulturellen Hintergrund, ihren politischen und philosophisch-religiösen Weltanschauungen, von Migrantinnen und Flüchtlings♀♀♀, von Lesben und heterasexuellen ♀♀♀.

Demo, Samstag, 4.7.
13 Uhr Marienplatz

Die Demo findet vor der Eröffnung des WWGs statt und soll unsere Kritik und Wut ausdrücken. Das Ziel ist: Veränderung der Gesellschaft - gegen die HERRschende Weltordnung international.

Geplante Redebeiträge: 500 Jahre Kolonialismus und Widerstand, gegen Rassismus, Großdeutschland, EG '92, Militär, zu Ökologie und Menschenrechten.

Auf der Auftaktkundgebung gibt es einen Beitrag der Münchner ♀♀♀ - Koordination, auf der Abschlußkundgebung einen der bundesweiten ♀♀♀ - Mobilisierung.

Der ♀♀♀-Block geht im ersten Drittel der Demo und hat einen eigenen Lautsprecherinnenwagen, über den Beiträge, Parolen und Musik während der Demo laufen.

Für einen lauten, geschlossenen und starken ♀♀♀- Block !!!

Aktionstage 6.7.-8.7.92

Während des Weltwirtschaftsgipfels wollen wir die verschiedensten Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen und damit in vielfältiger Weise das Straßenbild Münchens prägen.

Am 6.7. geht die ♀♀♀-Demo von Sendlinger Tor zum ♀♀♀- und JugendKnast Neudeck mit Beiträgen zu ♀♀♀ und Knast, zur Freilassungskampagne der politischen Gefangenen und zum Zusammenhang zwischen WWG und Knast.

Kommt zahlreich zu den ♀♀♀- Aktionen und bringt viel Phantasie, Power und Schwung mit!

Adressen

- **♀♀♀ - Infostelle (Zeiten siehe Rückseite)**
  Stadtbüro der Grünen
  Baumstr. 4, 8000 München 5
  089/201 5700
  U-Bahn Fraunhoferstr.
  Infos zu den geplanten Aktivitäten und zum aktuellen Stand des Geschehens
  Bettenbörse (keine telefonische Vermittlung)
  Zelte mitbringen!!!
- **Infostelle der Linksradikalen**
  Infoladen
  Breisacherstr. 12/Keller, 8000 München 80
  089/4489638, FAX: 089/4802006
  U/S-Bahn Ostbahnhof
- **Infostelle des Bündnisses gegen den WWG**
  Holzstr. 2, 8000 München 5
  089/268123, FAX: 089/2603513
  U-Bahn Sendlinger Tor oder Fraunhoferstr.
- Bettenbörse ♀ und ♂
  Komm-Treff, Pariserstr. 18, 8000 München 80
  S-Bahn Rosenheimer Platz
- **Infobörse Marienplatz**
  von Mo. - Mi. Infostand am Marienplatz
  U/S- Bahn Marienplatz
  (Büchertische mit Infomaterial)
- **internationaler Kongreß gegen den WWG**
  Ludwig-Maximilians-Universität, Hauptgebäude
  Geschwister-Scholl-Platz 1, U-Bahn Universität
- **Frauenkommunkationszentrum "Nümfe"**
  (keine Infos, aber einfach nett)
  Nymphenburgerstr. 182, 8000 München 19
  U-Bahn Rotkreuzplatz

Ermittlungsausschuß (EA): Tel.: 089/502 1720

Die Arbeit des Ermittlungsausschuss ist es, sich um Festgenommene zu kümmern und Kontakte zu AnwältInnen herzustellen; meldet (eigene und beobachtete) Festnahmen sofort dem EA! Wenn ♀♀♀ von einer Anwältin betreut werden wollen bitte extra sagen.

Mannheim - Frauenredebeitrag

Redebeitrag anläßlich der antirassistischen Demonstration am 13.06.92 in Mannheim/Sandhofen. Geplant war die Demo in Mannheim/Schönau, was aber von den Bullen verhindert wurde. In Mannheim/Schönau befindet sich in einer ehemaligen Kaserne ein Flüchtlingswohnheim. Seitdem 28.05.1992, damals ausgehend von einer "Vatertagsfeier" werden die BewohnerInnen, bzw. das Haus täglich von Teilen der Schönauer Bevölkerung angegriffen bzw. angepöbelt.

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Bürgerkriegen, aufgrund politischer, rassistischer und sexistischer Verfolgung sowie aufgrund unzumutbarer sozialer und ökonomischer Lebensverhältnisse. Sie sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen wegen der Verhältnisse dort, die entscheidend von hier aus, von den Metropolen, dem reichen Norden, den imperialistischen Strategien der USA, der EG, vorneweg der BRD bestimmt werden. Die Masse der Menschen weltweit lebt in Armut und Unterdrückung, damit wir hier leben können, wie die Made im Speck.

Seit fast zwei Jahren wird von den Regierenden hier - unter bereitwilligster Mithilfe der Medien - die propagandistische Lüge verbreitet, die BRD würde "von Flüchtlingen überrannt". Eine Konsequenz dieser Hetze ist das neue Ausländergesetz sowie aktuell das neue Asylverfahrensgesetz. Dieses beinhaltet im wesentlichen folgendes:

- das sog. "6-Wochen-Modell", was heißt, das über Asylanträge künftig innerhalb dieser Zeit rechtskräftig entschieden werden soll.

- anhand von Länderlisten soll zudem eine Vorauswahl getroffen werden. Flüchtlinge aus bestimmten Staaten sollen generell nicht mehr anerkannt werden.
- nach ihrer Ankunft werden die Flüchtlinge in eine zentrale Aufnahmestelle gebracht (ZAST)
- innerhalb der ersten Woche soll die "offensichtliche Unbegründetheit" des Asylantrags bewiesen werden..
- die erste Anhörung in dieser Woche findet in der ZAST statt, ohne daß die Flüchtlinge vorher geladen werden, was Zwangsinternierung heißt.
- zudem müssen bei dieser ersten Anhörung bereits alle Angaben und Beweismittel vorliegen, Nachgereichtes bleibt unberücksichtigt.
- für den Fall, daß Flüchtlinge gegen ihre zu erwartende Abschiebung klagen, muß die Klage binnen einer Woche ohne vorherige Akteneinsicht durch eineN AnwältIn begründet werden, allein technisch eine Unmöglichkeit.

- 2 -

- d.h. anwaltliche Beratung und Vertretung der Flüchtlinge wird es nicht mehr geben können.
- zudem kann der/die EinzelrichterIn, die jeweils entscheidet, die Klage ohne Verhandlung und Angabe von Gründen zurückweisen.

Das neue Asylverfahrensgesetz bedeutet die faktische Eliminierung des Grundrechts auf Asyl auf dem Verwaltungswege unter geschickter Umgehung der doch nicht salonfähigen, angestrebten Grundgesetzänderung.

Zur Situation in der ZAST:
Es besteht wie erwähnt Zwangsinternierung, allein durch den Zwang zur ständigen Erreichbarkeit. Verlassen dürfen die Flüchtlinge das Lager nur noch, wenn "zwingende Gründe" vorliegen. Die Papiere werden ihnen bei Eintritt abgenommen. Sie werden ED-behandelt. Es besteht vollständige Arbeitsverbot. Die Verpflegung erfolgt über Sachleistungen. Was das praktisch heißt und wie das Essen dann aussieht, ist bekannt...

Die bereits jetzt bestehende Isolierung von Flüchtlingen soll perfektioniert werden, es sollen keine Besuche in den ZAST mehr möglich sein, keine Deutschkurse, keinerlei Hilfe und Beratung von außen, denn dies diene der Integration und diese ist nicht erwünscht.

Alle diese genannten Punkte betreffen Frauen genauso wie Männer, nur anders. 90% aller Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Kinder. Die meisten von ihnen komen auf ihrer Flucht gar nicht bis in die Metropolen, sondern sind gezwungen, in Lagern in Nachbarländern ihrer Heimat zu bleiben. Aufgrund der sexistischen Arbeitsteilung haben Frauen meistens die Verantwortung für ihre Kinder übernommen, was sie zusätzlich zu ihrer ökonomischen und anderen Benachteiligungen unflexibler macht als Männer.

Wenn Frauen überhaupt in die Metropolen gelangen, sind sie dann damit konfrontiert, daß frauenspezifische Fluchtgründe wie sexi-

../3

stische Folter, explizit Frauen betreffende und bei Mißachtung lebensgefährdende Gesetze und Praktiken nicht als Fluchtgründe anerkannt werden. Zudem kann eine als "ausländisch" definierte Frau nur in die BRD kommen, wenn sie Paß und Visum besitzt. In einigen Ländern werden Frauen nur in den Paß ihres Ehemannes/Vaters/Bruders eingetragen, sprich, sie besitzen keinen eigenen Paß. Frauen haben viel weniger Zugang zu Bildung, d.h., sie können evtl. nicht lesen und schreiben und haben gar nicht die Chance, ihre Rechte zu kennen und Anträge zu stellen.

Gegen Menschen, die aufgrund der imperialistischen Aufteilung dieser Welt zur Flucht gezwungen sind, stellt sich nun der Schönauer Mob - ebenso wie z.B. Mannheims OB Widder mit seinem Vorschlag des Ausgehverbots für Flüchtlinge. Damit will er verwischen, daß das Problem auf der Schönau natürlich nicht die Flüchtlinge sind, die in der Kaserne zwangsuntergebracht sind, sondern der Rassismus der Schönauer Bevölkerung! Diese Impertinenz entspricht auf rassistischem Hintergrund glänzend dem sexistischen quasi Nachtausgehverbot für Frauen um sich vor Vergewaltigern zu schützen. Wir fordern Ausgehverbot für alle Schönauer RassistInnen, damit sich die Flüchtlinge wieder sicher auf der Straße bewegen können!

Die Haltung der SchönauerInnen gegenüber MigrantInnen ist so neu allerdings nicht. Sie entstammt der traditionsreichen deutschen Herrenmentalität, die sich erdreistet, anderen, anders aussehenden, als fremd und damit feindlich definierten das Existenzrecht abzusprechen. Die SchönauerInnen nehmen sich heraus, bewußt auf Kosten anderer leben zu wollen und sind empört, wenn sich gegen diese Haltung Widerstand regt. Sie haben auch allen Grund zur Sorge, denn sie wissen, daß es um ihre unrechtmäßigen und rassistischen Privilegien geht. Es geht zum Beispiel um das Privileg, zu bestimmen, wer in Schönau leben darf und wer nicht, die Straße als ihr Terrain zu beherrschen und andere daraus zu vertreiben, somit einen ganzen Stadtteil zum erweiterten Wohnzimmer machen zu wollen. In den Überfällen auf die Flüchtlinge zeigt sich, daß eine positive Identitätsfindung in diesem Land nur durch Abgrenzung gegen alle als anders erkannte oder definierte Menschen möglich ist. Denen, die das ausdrücken, indem sie hier tagtäglich

../4

stehen, gaffen, Beifall klatschen oder direkt an den Angriffen beteiligt sind, haben wir nichts zu sagen, als daß wir nicht zulassen werden, daß Sie weiterhin Ihre rassistischen Exzesse feiern können. Wir wenden uns aber an die, die weggucken, zu Hause bleiben, so tun, als wär nichts, sich verdrücken und weiter ihren Alltag leben, sei es hier in Sandhofen oder auf der Schönau: Sie werden später nie sagen können, sie haben von nichts gewußt! Sie müssen sich im klaren sein, in welcher deutschen Tradition Sie mit Ihrem Verhalten stehen! Sie müssen sich gefallen lassen, von uns ebenso als FaschistInnen und RassistInnen bezeichnet zu werden, solange Sie nicht gegen die Überfälle auf die Flüchtlinge und das Flüchtlingsheim Position beziehen. Das mag schwer sein, aber nach Hoyerswerda kann sich keine/r mehr herausnehmen, wegzugucken in der Hoffnung, dadurch eine weiße Weste zu behalten. Wer schweigt, stimmt zu!

Und der Einkauf beim türkischen Gemüseladen, den Sie so gerne zitieren, ist kein antirassistischer Akt, sondern lediglich bewußtes VerbraucherInnenverhalten, da das Gemüse dort am frischesten ist. Die Pizza ist entsprechend beim Italiener am besten und Ouzo gibts nun mal beim Griechen. Solange sich Ihr vermeintlicher Antirassismus auf clevere Konsumgewohnheiten beschränkt, solange nicht in Schönau selbst sich Menschen finden, die den rassistischen Schlägern und ihrem Publikum Einhalt gebieten - und zwar sofort und auf der Stelle und nicht nach endlosen "Dialogen" mit den AngreiferInnen - denn die Flüchtlinge können nicht warten - solange sich hier niemad bereit findet, HALT zu rufen und durchzusetzen solange werden wir uns das Recht nehmen, "von auswärts" hierherzukommen. Das einmal mehr, da die Polizei in der letzten Woche immer unverblümter die Maske ihrer Pseudoschutzfunktion fallen läßt und vor allem Schwarze im Lager mit ihren rassistischen Pöbeleien konfrontiert sind.



../5

Auch wenn klar ist, daß wir hier nicht immer präsent sein und nicht ewig werden bleiben können: Wir werden tun, was wir können. Solange sich in der Schönauer Alltäglichkeit des Rassismus nichts ändert, nehmen wir uns das Recht, weiterhin hierherzukommen und einzugreifen um den Flüchtlingen unsere Solidarität deutlich zu machen und den Schönauer RassistInnen zu zeigen, daß ihr Rassismus eine Grenze hat!

FÜR UNEINGESCHRÄNKTES BLEIBERECHT UND VOLLE BÜRGERINNENRECHTE FÜR ALLE FLÜCHTLINGE !!

FÜR DIE ANERKENNUNG FRAUENSPEZIFISCHER FLUCHTGRÜNDE !!

FÜR EIN VON MÄNNERN UNABHÄNGIGES AUTONOMES BLEIBERECHT FÜR FRAUEN

GEGEN DIE DEUTSCHE HERRENMENTALITÄT !!

NIE WIEDER DEUTSCHLAND !!

Autonomes Frauenplenum Frankfurt
Juni 92

TSCHULLIGUNG VON'S (inf.) FÜR DIE LAYOUT-QUETSCHUNG

Zur Situation der palästinensischen Frauen

Aus einem Gespräch mit einer Frau aus Yarmuk

möchte etwa
serer Situatio
dafrikanische
tigen Situat
wie di
diese

Im Artikel "ZUR SITUATION DER PALÄSTINENSISCHEN FRAUEN", den ihr in der Interim Nr. 197 veröffentlicht habt ist uns ein Layout-Fehler unterlaufen. Das Zitat einer Frau aus Yarmuk wurde versehentlich auseinandergerissen und mit unseren eigenen Gedanken vermischt. Deshalb hier nochmal die richtige Fassung des ersten Abschnitts des Artikels. Schade finden wir, daß ihr nicht dazugeschrieben habt, woher der Artikel stammt: bremer kassiber, Nr.19, Beilage "Arabische Region zwischen Krieg und Widerstand".

Palästina Gruppe Bremen

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

NEUKÖLLNER KIEZDEMO

Weichselplatz, Ecke Pflügerstraße

Mo. 6. 7. 1992

1700 Uhr

DER KAMPF GEHT WEITER !!!
GEGEN EIN NEUKÖLLN DER RECHTEN UND REICHEN !!!
SPEKULANTEN RAUS !!!



Aus einem Gespräch mit einer Frau aus Yarmuk, Flüchtlingslager in Damaskus:

"Ich möchte etwas sagen zum besseren Verständnis unserer Situation: die palästinensischen und die südafrikanischen Frauen befinden sich in einer einzigartigen Situation, wir leiden unter der Apartheid ebenso wie die Frauen in Südafrika - beide Kämpfe, und diese sind die beiden einzigen in der Welt, umfassen drei Arten von Unterdrückung, nicht nur die soziale Unterdrückung, unter der alle Frauen leiden und nicht nur die klassenmäßige Unterdrückung, der alle armen Leute in der ganzen Welt ausgesetzt sind, bestehen bei uns, wir leiden auch noch unter der nationalen Unterdrückung, uns wird die Heimat vorenthalten, und deshalb wissen wir: wir werden nie frei sein, solange wir heimatlos sind, weder die Frauen, noch die Männer in unseren Völkern, weder die palästinensischen noch die südafrikanischen, dort liegt die Kombination, die Verbindung in unserem Kampf als Frauen, Männer, Kinder, als religiöse Leute und als andere gegen diese Besatzung zu kämpfen.
Ich glaube, daß dies ein sehr wichtiger Punkt ist, weil manchmal Frauen aus dem Westen nicht realisieren, daß diese Punkte unser Volk einen zum Kampf gegen die zionistische Besatzungsmacht, die versucht, uns auszulöschen, den Genocid gegen unser Volk praktiziert, Tag für Tag."

Die Geschichte zeigt, daß patriachale Herrschaft durch nationale Befreiung an sich nicht berührt wird. Der nationale Befreiungskampf ist ersteinmal der Kampf eines Volkes gegen koloniale Unterdrückung, mit dem Ziel der nationalen Eigenständigkeit. Für das kolonialisierte Volk ist der Kampf gegen koloniale Herrschaft ein notwendiger Kampf zur Rückgewinnung der Selbstbestimmung in allen sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereichen, ein Kampf um die Rückgewinnung der eigenen Identität, die vom Kolonisator zerstört wurde. Nationale Befreiung ist deshalb ein direkter antikolonialer Kampf, aber auch ein Prozeß der Befreiung von den Folgen kolonialer Unterdrückung und Zerstörung. Dieser Kampf sagt noch wenig aus über die nach dem Befreiungsprozeß aufzubauende Gesellschaftsordnung und über die Position, die Frauen darin einnehmen werden.
Aus vielen Ländern, die einen nationalen Befreiungskampf geführt haben oder noch führen, wissen wir, daß Frauen in allen Bereichen und an allen Phasen des Kampfes teilgenommen haben oder teilnehmen. Dies führte und führt dazu, daß eine Reihe von patriachalen Institutionen und Verhältnissen wie auch die geschlechtliche Arbeitsteilung, in dieser Phase des Kampfes teilweise aufgehoben wurden.
Teilweise geschieht dies aus funktionalen Gründen, bei den fortschrittlichen Kräften ist es aber Ergebnis eines Bewußtseins über die Notwendigkeit einer Veränderung patriachaler Strukturen. Dort, wo der Befreiungsprozeß von antikapitalistischen und/oder sozial-feministischen Bewegungen beeinflußt ist, sind die Voraussetzungen für eine Emanzipation der ganzen Gesellschaft ungleich günstiger als wenn er hauptsächlich von nationalen oder religiösen Momenten geprägt ist. Je größer der Einfluß der herrschenden Bourgeoisie oder der rechten religiösen Kräfte, desto schwieriger wird es sein, einen emanzipatorischen gesellschaftlichen Weg einzuschlagen.
So ist auch die Befreiung der Frauen in Palästina abhängig von der Lösung der nationalen Frage, genauso wie die Lösung der Klassenfrage an die nationale Frage gebunden ist. Nur die Frauen können eine Bewegung initiieren, die alles umfaßt: die nationale Frage, die Klassenfrage und die Geschlechterfrage.

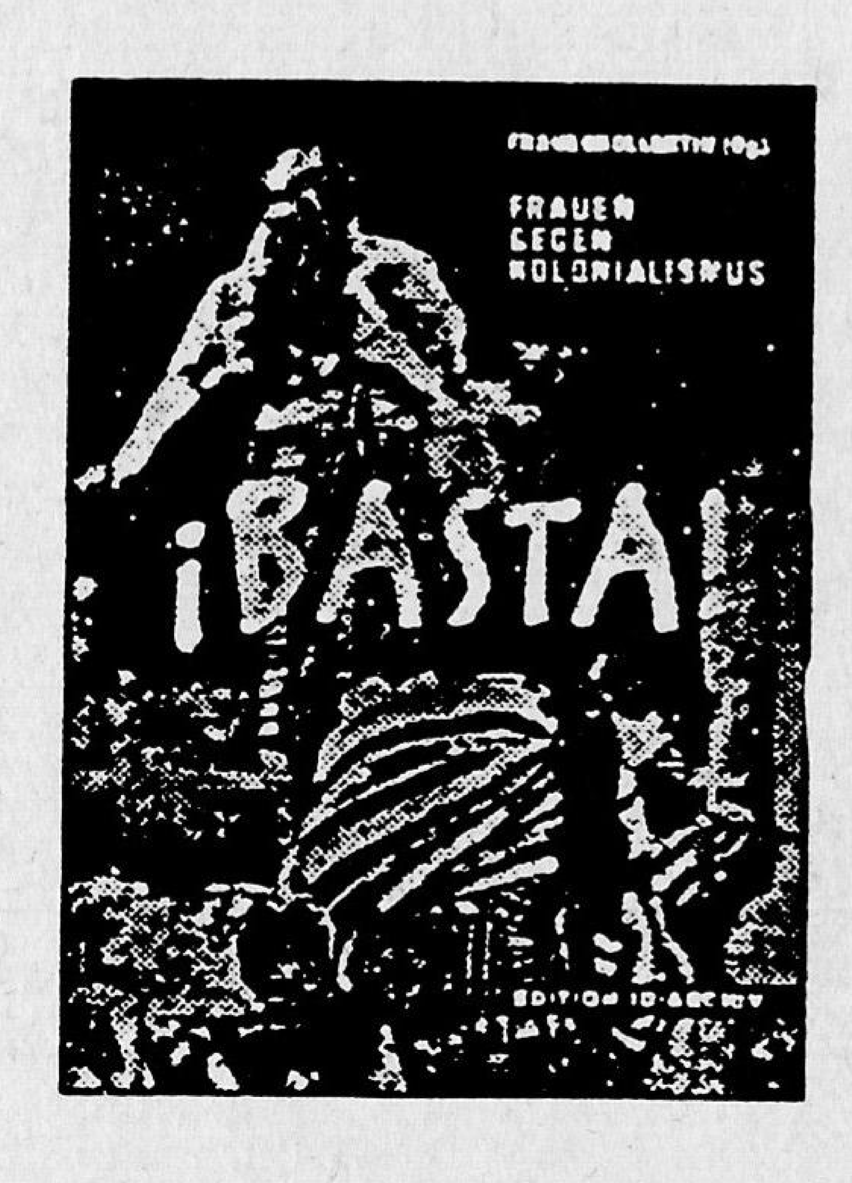
Dies ist nicht ein Traum, sondern eine Notwendigkeit.
Die Frauen sind Teil des Volkes, mehr als die Hälfte.

Buchankündigung

¡BASTA! – Frauen gegen Kolonialismus

Frauenkollektiv (Hg.)

Im Sammelband ¡BASTA! – **Frauen gegen Kolonialismus** schreiben indianische und schwarze Frauen aus Nord-und Lateinamerika, über ihre heutige Situation, die von Eroberung, Versklavung und kolonialer Herrschaft geprägt ist.
In den aufgenommen Texten reflektieren sie ihre Geschichte, analysieren die Mechanismen der Unterdrückung und setzen sich mit ihren Traditionen auseinander. Sie beschreiben die verschiedenen Formen der Organisierung und diskutieren die Perspektiven ihrer politischen Kämpfe.
Die Vielfalt der Beiträge: Interviews, Analysen, Deklarationen, Briefe, Gedichte, zeigt die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Standpunkte indianischer und schwarzer Frauen von Argentinien bis Kanada.
Im letzten Teil fragen die Herausgeberinnen nach der Kontinuität kolonialen Denkens und stellen ihre Ansätze für eine feministische internationalistische Solidarität zur Diskussion.
Aus dem Inhalt u.a.: Marcela Lagarde, Die dreifache Unterdrückung der indianischen Frauen; Interview mit guatemaltekischen Indigena-Frauen über ihre politischen Perspektiven; Andrea Flores u.a., Wir Aymara-Frauen; Janet McCloud, Eine warnende Botschaft an alle indianischen Nationen und unsere Freunde und diejenigen, die uns unterstützen; Barbara Omolade, Herzen der Dunkelheit; Andaya de la Cruz, Fragen nach einer Identität für schwarze puertoricanische Frauen; Deborah King, Mehrfache Unterdrückung, vielfältiges Bewußtsein – zum Kontext eines schwarzen Feminismus; Helle Götz, Frauenbilder in den mestizischen Gesellschaften; Paula Sommer/Ella Rambaud, Der eurozentristische Blick; Frauenkollektiv, Überlegungen zu einem feministischen Internationalismus.



320 Seiten, 28,– DM
ISBN: 3-89408-021-3
Edition ID-Archiv
Schliemannstr. 23
O – 1058 Berlin

Gratwanderungen –

Thesen zur Diskussion um einen feministischen Internationalismus

1) Die Kritik Schwarzer Feministinnen an weißen Frauembewegungen richtet sich
– gegen eine Theorie, die die qualitativ anderen Erfahrungen Schwarzer Frauen ausblendet, indem sie die spezifischen Erfahrungen privilegierter weißer Frauen allgemein setzt: Sie trennt Rassismus fein säuberlich von Sexismus, um diese Kategorien dann entweder miteinander zu vergleichen (Frauen als Sklaven und letzte Kolonie), sie zu addieren (1-,2-,3-fache Unterdrückung) oder zu hierarchisieren (Sexismus als Hauptwiderspruch). Wenn Schwarze Frauen Thema sind, werden sie in Stereotypen von der starken, kämpferischen, psychisch intakten oder der 3-fach unterdrückten und daher passiven und ohnmächtigen Frau zur Projektionsfläche unserer eigenen Wünsche und Ängste
– und gegen eine Praxis, die die gesellschaftliche Dominanz weißer Frauen innerhalb der Frauenbewegung fortsetzt und reproduziert: Durch ihren besseren Zugang zu Geldern, Stellen, Medien, Wissenschaftsbetrieben und Projekten haben weiße Frauen die Macht »Frauenthemen« zu definieren und über ihre Relevanz zu entscheiden.

2) Die Erkenntnis, daß jede kritische Gesellschaftstheorie von drei sich gegenseitig beeinflussenden und nicht zu hierarchisierenden Herrschaftsverhältnissen (Sexismus, Rassismus und Klassenherrschaft) ausgehen muß, bedeutet, daß Feminismus für eine utopische Perspektive im Sinne menschlicher Emanzipation nicht ausreichend ist und daß andere Herrschaftsverhältnisse nicht in die feministische Theorie integriert und ihr damit untergeordnet werden können. Sie bedeutet somit den Verzicht auf eine einheitliche, alles erklärende Gesellschaftstheorie und eine permanente Aufforderung, jedes Mal von neuem bei der Analyse konkreter Situationen und Probleme den Blick für den Zusammenhang unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse zu schärfen.

3) Wir müssen den umgekehrten Weg gehen und das Persönliche, das wir in unserer Politik als strukturell allgemeingültig gesetzt haben, wieder daraufhin untersuchen, für welchen Ort und welche Frauen es überhaupt zutrifft. Damit verabschieden wir uns von einer Identität als die vom »internationalen Patriarchat unterdrückten 52% der Menschheit«. Doch es



reicht nicht aus, sich stattdessen selbst zu bezichtigen (»ich als weiße, christlich sozialisierte, deutsche Mittelschichtsfrau«). Wir können uns nicht als besondere Gruppe innerhalb einer Vielfalt betrachten, weil wir damit den Macht- und Allgemeinheitsanspruch leugnen, den diese Eigenschaften innerhalb unserer Gesellschaft haben. Auch die Untersuchung von Herrschaftspositionen weißer Frauen unter den Schlagwörtern »Mittäterinnen« und »Komplizinnen« ist nicht ausreichend, denn wir müssen uns davor hüten, rassistische Verhaltenweisen und Machtpositionen von Personen mit strukturellen Formen von Herrschaft gleichzusetzen, um nicht neue Verschwörungstheorien zu entwerfen und ein persönlich anderes Alltagsverhalten als ausreichende antirassistische Politik zu begreifen.

4) Es geht nicht darum, unseren Horizont auf das uns persönlich Bekannte und von uns Erfahrene zu reduzieren, sondern darum, andere Kriterien ernst zu nehmen. Als Weiße können wir nicht die Analyse der Herrschenden von unten und die Erfahrung dieser Herrschaft von innen machen, sondern müssen die von bestimmten Ansätzen feministischer Wissenschaft abgelehnte Distanz einer von oben und außen Betrachtenden einnehmen. Dies erfordert aber einen permanenten Dialog, ein permanentes Messen der Analyse an der Kritik derer, die unten und innen stehen und damit eine permanente Überprüfung unserer allgemeinen Kriterien von Herrschaftsfreiheit und Emanzipation.

5) Gegen diese Trennung eines Blicks von innen und unten als Frauen und oben und außen als Weiße, Previlegierte spricht aber die Notwendigkeit, die Rolle der weißen Frau als entsexualisiertes, schwaches, beschütztes Wesen in ihrem Gegensatz zur Rolle der schwarzen Frau zu verstehen. Rassistische Frauenbilder machen zum Beispiel die Weiße zur Heiligen, die Schwarze zur Hure. Es ist wichtig, diese Zuschreibungen anzugreifen, um die realen Frauen, die sie verdecken überhaupt wahrnehmen zu können, andererseits müssen wir solche Bilder aber auch ernstnehmen, da sie uns viel über die Realität rassistischer Herrschaftverhältnisse und unsere eigenen Projektionen verraten.

6) Wenn wir mit schwarzen Frauen in einen offenen Dialog treten wollen, müssen wir unsere feministischen Organisationsformen, Themen, Forderungen und Orte des Handelns neu überdenken. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es keinen Ort jenseits der genannten Widersprüche gibt und daß weder die Schaffung von Frauenräumen, die Behauptung, es gäbe keine Hierarchien,wenn es keine formalen Organisationsstrukturen gibt, noch eine autonome Frauenorganisierung ausreichen, um eine Diskussions- und Streitkultur zu schaffen, die diesen Dialog ermöglicht. Die Auseinandersetzung mit schwarzen Frauen muß nicht in fernen Ländern stattfinden, sondern ist/wäre viel einfacher und intensiver mit den Frauen, die in der BRD leben. Ein Hindernis, das gleichberechtigte Diskussionen um Bündnisse, gemeinsame Strategien und Utopien verhindert, ist die Unfähigkeit, unsere politischen wie persönlichen Geschichten zu erklären und darzustellen. Oft wollen wir nicht als rassistisch entlarvt werden und schweigen lieber, als uns vor Schwarzen Frauen offen zu äußern. Oft verwechseln wir die Ablehnung von Nabelschau und Selbsterfahrungsgruppen, die wir für eine von uns längst abgeschlossene Entwicklungsphase halten, damit, nicht mehr offen und öffentlich über unsere persönlichen Lebensentwürfe und -krisen zu sprechen.

7) Wir sollten die Entwicklung kritisch beobachten, daß auch antirassistische Politik tendenziell ebenso, wie feministische Ansätze in Forschungsprojekten, Universitätsstudien, Alibi- Stellen für Migrantinnen oder Quotierungsregelungen kanalisiert und so entschärft werden könnte. Inhaltlich bereitet das postmoderne Gerede von der multikulturellen Gesellschaft und die Betrachtung von Sexismus und Rassismus als kulturelle Phänomene dieser Entwicklung den Weg. Dagegen gilt es, ökonomische, soziale und bevölkerungspolitische Gesamtentwicklungen zu diskutieren und Sexismus in Asylpolitik und Ausländergesetzen wahrzunehmen, indem wir die öffentliche Diskussion darüber provozieren und die Frauen, die nicht in der »Festung Europa« erwünscht sind, praktisch unterstützen.

Wir haben heute, 23.6., auf einem VW Wagenpark in Scheessel einen Brandsatz gezündet.
Aus den unterschiedlichen Lebensbedingungen in der Metropole ist es klar, daß FrauenLesbenkämpfe in der Praxis nicht nur auf einen Bereich, Sexismus, reduziert werden können.
Die Gewaltverhältnisse in der Metropole im Zusammenhang mit den weltweiten Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen zu sehen, zu benennen und zu bekämpfen ist für revolutionäre FrauenLesbenkämpe notwendig.

Wir haben VW angegriffen, als einen transnationalen Konzern, der während des NS-Faschismus durch die Ausbeutung von 16000 ZwangsarbeiterInnen zum "Kriegsmusterbetrieb" wurde. die Produktion von VW wurde nach 1945 nicht eingestellt sondern erweitert. Die ZwangsarbeiterInnen wurden durch ein bestehendes Flüchtlingsproletariat aus Osteuropa ersetzt. Dadurch war es VW 1946 möglich, eine Niederlassung in Südafrika zu gründen, unter ähnlichen Arbeitsbedingungen wie wärend des NS-Faschismus in Wolfsburg. In den 50ern bis mitte der 70er Jahre setzte sich VW in Brasilien, Argentinien, Mexico, Indonesien, Nigeria und Jugoslawien fest. Nach 1989 wurden zwei Autoproduktionsstätten in der Ex-DDR aufgekauft. Dies waren Abwicklungen über die Treuhand, in der VW neben Siemens, RWE, Veba und Daimler-Benz einer der Hauptinvestoren ist. 1992 wurden die Skodawerke in der CSFR von VW gekauft.
Die Aufmärsche transnationaler und multinationaler Konzerne gehen Hand in Hand mit der Politik der imperialistischen Großmächte. Die Fusion von VW mit Seat (spanischer Autokonzern) zu einer Zeit, in der sich der spanische Staat bemühte der EG beizutreten, ist nur ein Beispiel dafür.
Ein weiteres Beispiel ist das Errichten von sogenannten Pufferzonen in den an Großdeutschland angrenzenden Staaten. Dies wird vom BRD-Imperialismus vorangetrieben mit dem propagandistischen Ziel sogenannte Flüchtlingsströme aus Osteuropa zu stoppen. Pufferzone heißt aber nicht nur das, sondern auch Billiglohnproduktion für Großkonzerne, vor allem sind das bundesdeutsche, sowie die Schaffung eines Absatzmarktes in den dafür vorgesehenen Staaten, zum Beispiel der CSFR, Polen oder Ungarn. Viele TschechoslowakInnen erinnert der Einmarsch von Großkonzernen wie VW in Osteuropa an den Nazifaschismus. Sie sprechen von "Unbelehrbarkeit, Einfall und Germanisierung" (Zitat aus Wirtschaftswoche, 31.1.92).

Beim diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel in München ist genau das Thema, was VW schon seit längerem praktiziert: die Richtlinien der Weltmarktintegration für osteuropäische Länder und damit auch die staatlichen Bedingungen für Investitionen. VW profitiert von der Aufrechterhaltung des Kolonialstatus lateinamerikanischer Staaten sowie auch von der Kapitalisierung osteuropas. Die Aktion gegen VW ist Teil des Widerstandes gegen 500 Jahre Conqista und dem Weltwirtschaftsgipfel. Auch militanter Widerstand ist im Herzen der Bestie weiterhin notwendig. Die imperialistischen Zentren können sich nur durch wirtschaftliche, militärische und kulturelle Intervention sowie gezielte Vernichtung ganzer Völker aufrechterhalten. Hier in Großdeutschland schaffen sich die Herrschenden ein ruhiges Hinterland durch Integration (z.B. Gewerkschaften, "Frauenquoten"), durch Isolation und durch das Einhämmern der Wohlstandspropaganda in die Köpfe der Leute: "uns geht es doch allen gut und wenn es dir nicht gut geht, bist du selbst dran schuld beziehungsweise andere."

Gegen Vereinzelung und Gehirnwäsche! Gegen faschistische Morde und Angriffe! gegen faschistische Propaganda!
Für eine revolutionäre FrauenLesbenorganisierung!!
Für starke revolutionäre Bündnisse!!

Volxsport

Wie die "Berliner Zeitung" und die "taz" vom 26.06.92 berichten, wurde in der Nacht zum 25.06. in Dahlem (West-Berlin) eine Bank angegriffen. Das war zwar leider nicht am Breitscheidplatz (obwohl es ja gerade dort noch sehr viel mehr Objekte unserer Begierde gibt), sondern am Breitenbachplatz - das tut aber dem Wahrheitsgehalt des Übrigen keinen Abbruch.
Was die Zeitungen ihren LeserInnenschaften allerdings verschweigen: Es war die dortige Dresdner-Bank-Filiade, also eine Außenstelle des "deutschen" Großkapitals.
Es dürfte mittlerweile zur Genüge bekannt sein, daß dieses sich weltweit die größten Schweinereien leistet, um sich an der Ausplünderung und Verelendung ganzer Regionen eine goldene Nase zu verdienen.

Ohne uns, denn wir schlagen zurück!

Weil wir aber wissen, daß eine solche Aktion allein recht wenig bringt - sie "können sich das leisten" - fordern wir alle auf:

Schaffen wir zwei, drei, viele
Scherbenhaufen (und was euch
sonst noch so einfällt) !!!!!!

Schwarze Grüße an alle Militanten!

Kampf dem Kapital, illegal, legal ist scheißegal...

ANSCHLAG. Unbekannte haben in der Nacht zu Donnerstag eine Bankfiliale am Breitscheidtplatz in Dahlem demoliert. Eine Funkstreife der Polizei entdeckte mehrere Löcher in drei Schaufenstern und einem Glasschaukasten. Auch die gläserne Eingangstür war eingeschlagen und ein Farbbeutel in die Eingangshalle geworfen worden.

Hajo Rothe ist neuer Hermannstraßen-Chef



Hajo Rothe: „Jeder gibt seinen Senf dazu“

Die „Aktion Hermannstraße“, ein Zusammenschluß von in der Straße ansässigen Geschäftsleuten, hatte Anfang Januar ihre Jahreshauptversammlung. Dort wurde Hans Joachim Rothe (42) zum neuen Vorsitzenden der „Aktion“ gewählt.

„Ich will mich dafür einsetzen“, so Rothe, „daß die Hermannstraße noch attraktiver wird.“ Es sei schon einiges erreicht, gebe aber immer noch genung zu tun.

10jähriges Jubiläum

Die „Aktion Hermannstraße“ kann im kommenden Juni ihr 10jähriges Jubiläum feiern. Hajo Rothe war 1982 als Grundungsmitglied und erster Vorsitzender mit von der Partie. Zwischendurch war er auch mal Schatzmeister. „Die Kollegen meinten jetzt, ich sollte den Vorsitz-Job wieder mal machen“, so der Sportartikelhändler.

Die „Aktion“ hat etwa 60 Mitglieder, das ist rund die Hälfte der Fachgeschäfte in der Straße. Im Vergleich mit anderen Arbeitsgemeinschaften schneidet man damit gut ab. Rothe: „Wir hatten zwar fünf Austritte, aber auch sechs Eintritte.“ Unter dem Strich ist die Tendenz also steigend.

Hajo Rothe ist verheiratet und Vater eines 15jährigen Sohnes. Geboren ist der neue Vorsitzende übrigens in der Kienitzer Straße, wo schon sein Vater einen Sportartikelladen hatte. „Der hat damals nach dem Krieg die ersten Lederfußbälle in der Gegend verkauft.“

Gewerbemieten leidiges Thema

Das leidige Thema der steigenden Gewerbemieten wird den neuen Hermannstraßen-Chef sicher auch beschäftigen, ansonsten ist er jedoch mit der Entwicklung der Hermannstraße zufrieden. „Alles was kommt, ist besser, als es jetzt ist“, sagt Rothe und meint damit die Pläne für das Hotel, den neuen Bahnhof und andere Projekte. „Mir ist es auch egal, ob das Hotel nun 33 oder 38 Meter hoch wird, Hauptsache es wird gebaut.“ Außerdem müsse nicht jeder seinen „Senf dazugeben“, die Bürger würden „fast schon zuviel“ befragt.

Auf ihrer Versammlung spendeten die Hermannstraßen-Geschäftsleute übrigens 5700 DM für Neuköllns leidende Partnerstadt Puschkin. Jeder der Ladeninhaber hatte 100 DM gegeben. -lak

WOHIN WERFEN?

?

„Autonome Senfgurken“ bekannten sich

In einem Selbstbezichtigungsschreiben, das gestern bei der Berliner Morgenpost einging, hat sich eine Gruppe namens „Autonome Senfgurken“ zu einer Sachbeschädigung am Sporthaus Rothe in der Hermannstraße (Neukölln) bekannt. Die Täter warfen Scheiben ein und schmierten Parolen an die Wände. Als Hintergrund nannten sie den geplanten Bau eines Hotels an der Hermannstraße. *fawo*

Liebe Interims!
Was in der Interim nicht steht, steht in der Morgenpost.
Ist unsere Volxsportberichterstattung bei euch nicht angekommen? Wir haben in der Nacht vom 16. zum 17.6. das Sporthaus Rothe besucht und uns verhalten, wie in der MoPo geschmiert, pardon, beschrieben. Anlaß war die Räumung der Kindl-Festsäle, Gründe s.u..

Autonome Senfgurken

RZ

JETZT REICHTS MIT DEM BRAUNEN DRECK!
jeder weiß von brennenden flüchtlingsheimen und den toten doch es geschied hier dagegen viel zu wenig. münchen auf dem weg zur neuen hauptstadt der braunen bewegung. jetzt ist endgültig schluß damit! faschisten wir greifen euch an!

zwei objekte der münchner faschisten sind heute früh mittels zielbomben hops gegangen.
zum einen die derzeit wohl wichtigste propagandazentrale der münchner neonazis. das avö-büro des ewald althans (althans vertriebswege und öffentlichkeitsarbeit). zum anderen der verlags-raum des münchner anzeigers der faschistische insbesondere anti-semitische hetze verbreitet.

e.althans zählt schon seit jahren zu den führenden köpfen der münchner neonazi-szene. er organisierte '90 anläßlich des hitler-geburtstages einen marsch auf die feldherrnhalle, im märz '91 den leucter-kongreß auf dem er und andere naziprominenz öffentlich den millionenfachen mord an den juden zu leugnen suchte, im mai '91 ein treffen zu ehren rudolf hess im hotel eden wolf und organisiert fahrten von münchner neonazis in die ganze brd. kaum ein treffen der ultrarechten in münchen bei dem er nicht seine finger im spiel gehabt hätte. am I.mai'92 schließlich lud er zu enem treffen in seinem neuen braunen haus ein das unter dem motto stand: "einigkeit macht stark". etwa 300 neonazis inclusive der wichtigsten bayern-kader waren gekommen.
doch auch auf internationaler ebene knüpft althans munter kontakte. er at geld und macht und die richtigen kontaktpersonen im hinter-grund. insbesondere sein büro in der herzog-heinrich-str.30 ermöglichte ihm zuletzt offen und gänzlich ungehindert braune propaganda zu verbreiten.

der münchner anzeiger ist eines jener anzeigeblätter die kosten-los in die briefkästen geworfen werden oder in lebensmittelläden ausliegen. er erscheint mit acht stadtteilausgaben im raum münchen. verlegt wird er von alfred detscher jagdstr.2 8 münchen 19. in diesem blatt können nazis ungehindert ihre faschistische und rassistische propaganda unterbringen. so erscheint in der nr. 49/9I des münchner anzeigers eine ganzseitige anzeige unter der überschrift "wir verlangen die wahrheit und unser recht" in der der mord an den juden als lüge bezeichnet wird und gefordert wird daß "die flut von scheinasylanten gestoppt wird". aufgegeben hatte diese anzeige der altnazi otto ernst renner. auch npd und republikaner nutzen dieses blatt. in den regelmäßig abgedruckten leserbriefen wird hauptsächlich auf die hier lebenden ausländischen menschen gehetzt. beschimpfungen wie "schmarotzer" "verbrecherbanden" "pseudoasylanten" "asylbetrüger" werden dabei noch fett abgedruckt. in einem im frühjahr dieses jahres von der münchner avö verbreiteten rundbrief des faschistischen deutschen jugendbildungswerkes erwähnt dessen vorsitzender e.althans den münchner anzeiger äußerst lobend. auch hier also verbindungen.

PS: zu den erklärungen diverser...gruppen möchten wir noch kurz bemerken: wir sind durchaus der meinung daß sich der gebrauch von feuer und flamme als mittel revolutionärer politik auch heute nicht verbietet. desweiteren wollen wir diese historische etappe nicht abschließen verkrustete strukturen und kampfmittel beibehalten um überhaupt wieder eine chance zu bekommen als politische subjekte in den gegenwärtigen gesellschaftlichen prozeß eingreifen zu können. wir werden auch nicht unsere vorstellungen und unseren kampf für eine gesellschaft ohne die herrschaft von menschen über menschen aufgeben
fehler macht jeder doch nicht wir sind der fehler sondern das system

revolutionäre zellen

BKA STARTET AKTION SOMMERLOCH

hausdurchsuchung wegen rz / rote zora – das bka versucht mit stasi-akten seine ermittlungslücken zu füllen

RaZzia in Hannover

In Hannover wurden am 10.6.1992 die Wohnungen von zwei Frauen und einem Mann durchsucht; außerdem ein Buchladen, in dem eine der beiden Frauen arbeitet. Die Durchsuchungen erfolgten aufgrund eines Antrags des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof und wurden vom BKA durchgeführt. Eine der beiden Frauen wurde zu Hause angetroffen und nach der Durchsuchung zur ED-Behandlung ins Polizeipräsidium gebracht. Außerdem wurde sie noch vernommen. Sie machte keine Aussagen und weigerte sich, das Vernehmungsprotokoll zu unterschreiben. Die andere Frau und der Mann wurden nicht zu Hause angetroffen und es gab in den nächsten Tagen eher halbherzige Versuche, sie zur Vernehmung ins Polizeipräsidium zu bestellen. Insgesamt waren die Durchsuchungen zwar gründlich, aber nicht von der Zerstörungsmanie gekennzeichnet, die man sonst von Durchsuchungen kennt. Es wurden zwei Stadtpläne und anderes unbedeutendes schriftliches Material beschlagnahmt.

Zu den Vorwürfen: den beiden Frauen wird Mitgliedschaft/Rädelsführerschaft in der RZ/Rote Zora vorgeworfen, bei dem Mann ist nicht klar erkenntlich, ob er Zeuge oder Beschuldigter in diesem Ermittlungsverfahren ist. Begründet werden diese Ermittlungsverfahren mit dem Auffinden obskurer Stasi-Akten. Anscheinend aber traut der BGH den angeblichen Stasi-Akten doch wenig Beweiskraft zu, und so werden die wohlbekannten absurden Beweisketten konstruiert. So ist z.B. ein besonders schwerwiegendes Verdachtsmoment, daß eine der beiden Frauen die andere sehr lange kennt und diese nach der Haft bei ihr gewohnt hat.

Der Zeitpunkt der Hausdurchsuchungen und damit die Eröffnung der Ermittlungsverfahren war aber alles andere als zufällig. Eine der beiden Frauen war im Juni 1982 in Italien verhaftet worden und war nach 6 1/2 jähriger Haft 1988 nach Deutschland zurückgekehrt. Das neue Ermittlungsverfahren gegen sie unterbricht nun die Verjährung, die im Juni 1992 eingetreten wäre.

Es kann aber jetzt nicht darum gehen, die Perfidie der Taktik von BKA und Bundesanwaltschaft anzuprangern, diese Ereignisse könnten aber helfen, uns daran zu erinnern, daß "die Herren da oben" langfristiger planen als wir manchmal denken.

Es gibt noch einen anderen, politisch allgemeineren Grund, warum BKA und Bundesanwaltschaft jetzt diese Aktion gestartet haben. In der letzten Zeit gab es verschiedene Erklärungen von Revolutionären Zellen, in denen tiefgreifende und unüberwindbare Widersprüche innerhalb der RZ offensichtlich wurden.

Dazu kommt eine allgemeine Ratlosigkeit unter den Linken, auch etwas großmundige Sprüche über einen Neuanfang können diese Tatsache nicht verdecken. Und außerdem gibt es in der BRD seit einiger Zeit Kronzeugen. All dies zusammen ist geradezu eine Einladung an BKA und Bundesanwaltschaft, zu versuchen, diese Widersprüche für sich nutzbar zu machen. Wenn uns dies bewußt ist, wird es ihnen nicht gelingen, uns zu Bauern in ihrem Spiel zu machen.

Die alte Parole "Solidarität ist unsere Stärke" gilt heute wie gestern.

Solidaritätsgruppe,

c/o Infoladen,

Kornstr. 28-30, 3000 Hannover 1

„Die haben so gut wie nichts in der Hand"

Ausgerechnet zur Zeit vorsichtiger Öffnung geraten Göttingens Autonome ins Visier der Terrorfahnder

Göttingen (pid). Viele Göttinger Autonome laufen zur Zeit mit einem unguten Gefühl durch die Stadt. Seit Ende vergangenen Jahres kommen täglich eine Handvoll Ermittler des niedersächsischen Landeskriminalamtes (LKA) aus Hannover nach Göttingen, um die autonome Szene wegen des Verdachts der Gründung, Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach Paragraph 129 a Strafgesetzbuch auszuforschen. Anlaß für die Aktivitäten im Auftrag der Bundesanwaltschaft sind rund 50 unaufgeklärte Sprengstoff- und Brandanschläge in den vergangenen zehn Jahren.

Ob das LKA bereits konkretes Belastungsmaterial gegen einzelne Autonome gesammelt hat, darüber dringt nichts an die Öffentlichkeit. Doch die „Szene" ist verunsichert. Einer der LKA-Fahnder meint, daß seine Arbeit jedenfalls präventiv wirke: Immerhin sei seit Beginn der Ermittlungen in Göttingen kein einziger Anschlag mehr verübt worden.

Eine der Gruppen, die die Fahnder ins Visier genommen haben, ist die sogenannte „Autonome Antifa (M)". Das mysteriöse „M" steht nach Angaben aus Polizeikreisen für „Mittwoch", den Tag, an dem sich die Gruppe regelmäßig trifft; die Mitglieder selbst sprechen neuerdings von M wie Mitteldeutschland, denn Göttingen liege ja im Zentrum Deutschlands.* Die Autonome Antifa (M) hatte im August vergangenen Jahres mit einem „Diskussionspapier zur Autonomen Organisierung", das unter anderem an die RAF-Gefangenen verschickt wurde, für Aufsehen in der linksradikalen Szene gesorgt.

Frustriert davon, „aus der öffentlichen Diskussion weitgehend verschwunden" zu sein, wie es in dem Papier heißt, schlagen die Göttinger eine „Autonome Organisation" mit geregelter Mitgliedschaft, Büros und Delegiertenversammlungen auf regionaler und Bundesebene vor. Das Ziel sei es, „eine legale Organisation zu schaffen", die unter anderem auch für die Medien ansprechbar sein solle.

Tatsächlich gibt es innerhalb der Autonomen Antifa (M) vorsichtige Versuche, die selbstgewählte Isolation zu durchbrechen und Kontakt zur bürgerlichen Presse aufzunehmen. Doch mit Beginn der 129 a-Ermittlungen wurde jede weitere Offenheit schlagartig unmöglich gemacht: Denn wer sich öffentlich zur Autonomen Antifa (M) bekennem würde, müßte damit rechnen, festgenommen zu werden. Die Gruppe ist überzeugt, daß die LKA-Polizisten nicht zufällig zum jetzigen Zeitpunkt auf die Göttinger Szene angesetzt wurden. Auf dem Umweg über die 129 a-Ermittlungen könnten die autonomen Bemühungen um ein bißchen bürgerliche Respektierlichkeit im Keim erstickt werden. Dabei bescheinigen unabhängige Beobachter der Autonomen Antifa (M) zwar ein ausgesprochen staatskritisches Weltbild, doch keine Neigung zum Bombenlegen.

Die Strafverfolger in Hannover sehen das anders. Da die Gruppe in einem Flugblatt wörtlich erklärte, es sei ihr „wichtiger denn je, gezielt gegen das System und seine Büttel vorzugehen", und auch den Molotow-Cocktail-Angriff auf das Holzhaus des früheren FAP-Führers Karl Polacek im vergangenen Jahr als gutes Beispiel revolutionärer Tat lobte, halten die Ermittler den Terrorismusverdacht aufrecht. Die Beweise seien gar nicht so dünn, meint ein LKAler. Wolfgang Langmack, der Anwalt eines 17jährigen Jungen, der als bisher einziger Verdächtiger schon einmal kurz von LKA-Beamten vernommen wurde, sieht das anders: „Die haben so gut wie nichts in der Hand."

*) entspricht nicht den Tatsachen!

Weserkurier, 22.6.92

Wichtig: Wunsiedel - alle Jahre wieder?!

PROTOKOLL DES BUNDESWEITEN WUNSIEDEL-TREFFENS IN HALLE vom 27.06.92

Anwesende Städte/Gruppen: Antirassistisches Infobüro Kiel, AJF Dresden, HH Antifa, HH Schäferkamp, Eutin, Antifa-Jugend/Autonome Gruppe Braunschweig, Antifa Wunsiedel, Halle, Antifa Guben, Antifa Plauen, Antifa-Info-Blatt Berlin, Antifa-Plenum Nürnberg

Die Bedeutung von Wunsiedel für die faschistische Bewegung

Am 17.08.92 ist der 5. Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß. Er verstarb 1987 im Gefängnis der Alliierten in Berlin Spandau und wurde in Wunsiedel beerdigt. Seit 1988 veranstalten Faschisten einen "Rudolf Heß Gedenkmarsch". Inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des europäischen faschistischen Netzwerkes, vom Ideologen bis zum Nazi-Skin zum Wallfahrtsort geworden. Der faschistische "Gedenkmarsch" ist Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen der Faschisten, von alter und neuer Rechte zu den militanten Faschisten und im europäischen Maßstab. Die faschistische Demonstration ist auch Ausdruck der zunehmenden Zusammenarbeit der verschiedenen Flügel der Faschisten. 1991 waren in Bayreuth (Wunsiedel war gerichtlich verboten) 2000 Faschisten versammelt, was damit die größte faschistische Ansammlung auf dem Boden der BRD war. Dieses Jahr rechnen wir mit 2500-3000 Faschisten von der FAP, NA, NF, DA, Wiking Jugend, NL, Fascho-Skins, DVU, Altnazis und Faschisten aus Skandinavien, England, Belgien, Spanien, Frankreich und dem ehemaligen Ostblock.

Für Samstag, den 15.08.92 haben die Faschisten ihre Demonstration in Wunsiedel angemeldet. Allen bei dem Treffen anwesenden Gruppen war klar, daß es ein fataler Schritt wäre, die Faschisten ungestört marschieren zu lassen und ihnen diesen Raum zu lassen, obwohl wir davon ausgehen, den Aufmarsch nicht verhindern zu können.

Allgemeines zur Gegenmobilisierung:

Aufgrund der Einschätzung, daß auch dieses Jahr für Wunsiedel ein allgemeines Versammlungsverbot ausgesprochen wird, muß die Mobilisierung örtlich flexibel gehalten werden. Wahrscheinlich werden die Faschisten wie letztes Jahr in Bayreuth demonstrieren.

Bei dem Treffen standen sich zwei Positionen gegenüber: Zwei Gruppen sahen nicht die Voraussetzungen für eine starke und gut organisierte Gegendemo, da etliche eingeladene Gruppen u.a. Rhein-Main, Ruhrgebiet nicht auf dem Treffen erschienen, obwohl dies für eine breite bundesweite Mobilisierung notwendig wäre. Zusätzlich wurde kritisiert, daß es zuwenig Gruppen bisher gibt, die verbindlich Aufgaben für die zentrale Organisierung der Demo übernehmen. Eine schlecht organisierte, unentschlossene Demonstration ohne Power würde politisch einen Rückschritt bedeuten. Sollte auch auf diese Einladung keine große Resonanz erfolgen, so ziehen sich diese Gruppen aus der Mobilisierung raus.

Auf der anderen Seite gab es die Position, die Demo auf jeden Fall durchzuziehen, da ein Ausbleiben von Gegenöffentlichkeit und Widerstand den Faschisten den Rücken stärken und ihnen zuviel Raum geben würde. Zusätzlich wurde von einigen Gruppen aus der Ex-DDR betont, daß ein zahlenmäßig schlechtes Verhältnis von Faschisten und AntifaschistInnen bei ihnen die Realität darstellt.

Was außerdem laufen soll:

Geplant ist ein Kulturwochenende vom 7. bis 9. August, wobei am 8. August eine Demonstration stattfinden soll. Als ein Auftakt für Wunsiedel soll dieses Kulturfest die "positiven Aspekte von Antifaschismus" herausstellen. Dies sind die Aktivitäten des lokalen Wunsiedel Bündniss, das aus der dortigen Antifa, SPD, Grünen und Kirchenleuten besteht.

Dazu ist geplant: Open-Air, Straßentheater, antirassistischer Gottesdienst,...

Gruppen, die sich das vorstellen können, sind aufgerufen, das Programm mitzugestalten (Bands, Theatergruppen,etc.). Zusätzlich soll ein Schutz organisiert werden, da sich in der unmittelbaren Nähe 5 Flüchtlingsheime befinden und mit faschistischen Überfällen gerechnet werden muß.

Zum Organisatorischen unserer Demo:

Nürnberg: Infotelefon, EA, LP-Wagen, Anmeldung mit Vorbehalt, Auswahl unserer Demo-Route und Parkplatz, Anlaufpunkt KOMM am Tag vor der Demo

Berlin: Versuch eines offiziellen Verbots der Fascho-Demo über Bonn

Aufruf, Broschüre (Chronologie der Geschichte Wunsiedels, inhaltliche Schwerpunkte der Demo) und Plakate sind in Arbeit. Sollte es zu einer bundesweiten Mobilisierung kommen, können die Aufrufe bei diesem Treffen mitgenommen werden. Die Plakate/Broschüren werden den einzelnen Gruppen zugeschickt.

Was noch gemacht werden muß:

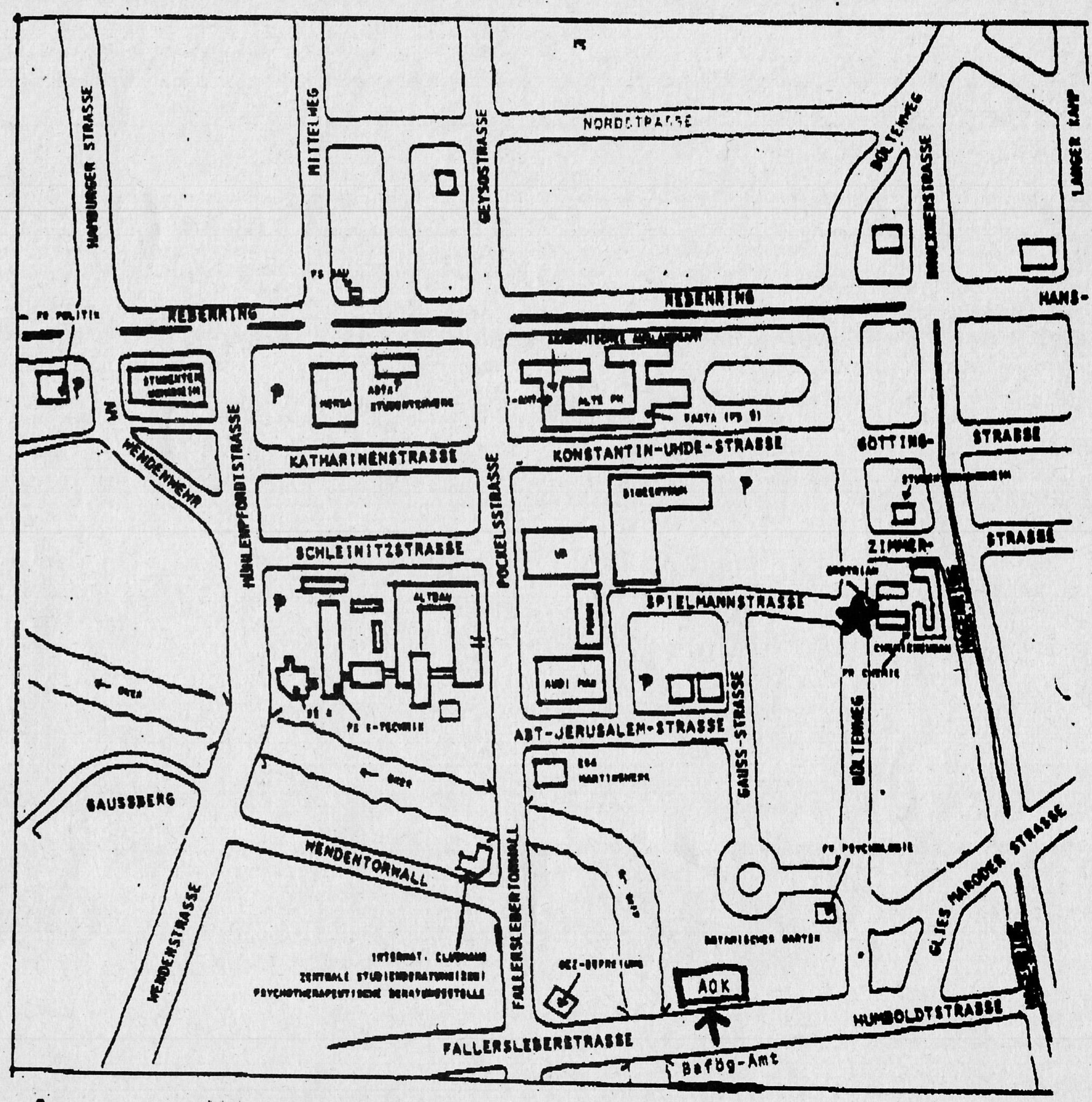
- Redebeiträge
- Demoleitung
- Pressearbeit (auch und besonders international!)
- Mobilisierungsveranstaltung(en)
- Überlegungen zu An- und Abfahrt



Und nochmal, weil´s nun einmal wichtig ist:
Eine breite, entschlossene antirassistische und antifaschistische Demonstration kann und wird es nur geben, wenn sich auch im Vorfeld viele Gruppen verbindlich an der Vorbereitung beteiligen, da die AntifaschistInnen aus Bayern die Demo nicht alleine organisieren können und wollen. Aufgrund des immer größeren Zeitmangels ist es daher notwendig, daß Gruppen aus vielen Regionen auf dem Treffen erscheinen und sich vorher schon mal´n Kopf dazu gemacht haben, ob sie mobilisieren und/oder zentrale Aufgaben übernehmen.
In Kurzform: Kriegt Euren Arsch hoch und kommt zu dem Treffen!!

Termin für das nächste Treffen: *Samstag, den 11. Juli 1992 um 14.00 Uhr in Braunschweig*
im "Grotrian", Bültenweg (Eingang zwischen Cafe"Viertel Nach" und Guten Morgen Buchladen)
Bitte gebt das Protokoll in Eurer Region /Stadt weiter!!!!!!!!

Antifa-Jugend/ Autonome Gruppe zu erreichen:
Postalisch: Antifa-Jugend, c/o Asta der TU, Katharinenstr.1, 3300 Braunschweig
Tel.: 0531/ 3914557 jeden Mi. und Fr. zwischen 18-21 Uhr
Telefax: BS StudentInnenwerk 0531/391-4860 (bitte: ASTA Antifa dazuschreiben)



A2 ABFAHRT BS-NORD
→ ABFAHRT HAMBURGER STR.
★ = GROTRIAN

WUNSIEDEL-VV am 8.7.-20°°

im Mehringhof-Versammlungsraum

Dort erfolgt dann auch nochmal ein ausführlicherer Bericht aus Halle und es können alle unklaren Sachen geklärt werden. Die Wichtigkeit von Wunsiedel dürfte hoffentlich allen klar sein und auch die Tatsache, daß wir, wenn in diesem Jahr nichts Wesentliches passiert, im nächsten Jahr einer unüberschaubar großen Masse an Faschisten gegenüber stehen dürften. Es wird dazu noch Veranstaltungen geben, ebenfalls steht im neuen Antifa-INFO (erscheint am 9.7.) mehr über die Geschichte von Wunsiedel. Auch wenn Ihr alle noch so gefrustet seid vom letzten Jahr (ich bin es auch und jetzt noch viel mehr), wenn wir es gemeinsam anpacken, ist für diese Jahr noch eine gute, breite Demo hinzubekommen. Wir sehen uns hoffentlich zahlreich auf der VV !!!

Zur NPD-Kundgebung in Schwerin 28.6.92

Zur NPD-Veranstaltung wurde von Rostock aus überregional in Antifa- Zusammenhängen (leider wurde der Rostocker Aufruf nur gekürzt in der Interim abgedruckt) mobilisiert, da in Schwerin z.Z. keine aktiven Gruppen bekannt sind. In Rostock lief am Vorabend ein Vorbereitungstreffen , zu dem leider nur Rostocker kamen. Aus diesem Grund kam es zu Koordinationsschwierigkeiten unter den in Schwerin erschienenen Antifas:
- kein gemeinsamer Treffpunkt
- Gruppen verfehlten sich bzw. wurden im Stadtgebiet Schwerin massiv observiert und kontrolliert

Inmitten des Stadtzentrums versammelten sich etwa 60 NPD-Sympathisanten unter dem Motto " Asylbetrüger raus ! ". Während Schwerin mit NPD-Plakaten zugeschissen war, fand die Kundgebung nach unseren Beobachtungen keinen grossen Anklang. Die Veranstaltung wurde von rund 200 Bullen abgsichert
Die schlechte Resonanz auf die breite Mobilisierung war für uns ein Grund, auf Gegenaktionen zu verzichten.
Wir halten es für unwahrscheinlich wichtig, in Zukunft Verbindungen zwischen benachbarten Städten aufzubauen bzw. wieder herzustellen und zu einem gleichberechtigten Gedankenaustausch bereit zu sein, um zu einem gemeinsamen Handeln zu gelangen (...zwar schon alt, aber immer noch zutreffend).

Hoch die nachbarschaftliche Zusammenarbeit



Protestaktion am Alex: Einige hundert Menschen forderten gestern das Bleiberecht für ehemalige DDR-Vertragsarbeitnehmer.

Bleiberecht für die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR

Durch Regierungsabkommen der DDR mit ihren "sozialistischen Bruderländern" Vietnam, Mosambik, Kuba, Angola, China, Korea und anderen wurden seit Mitte der siebziger Jahre Arbeitskräfte ins Land geholt. Eine Integration dieser Menschen in die DDR-Gesellschaft war nicht geplant, sie lebten in Wohnheimen unter kontrollierten Bedingungen, die Berufsausbildung, die ihnen zugesagt worden war, blieb immer häufiger aus; schwangere Frauen wurden zur Abtreibung oder zur Ausreise gezwungen. Nicht selten mußten sie in den Betrieben die dreckigsten und gefährlichsten Arbeiten machen. Die auf 4 oder 5 Jahre befristeten Arbeitsverträge wurden individuell mehrmals verlängert, um erneute Ausbildungskosten für neu ins Land kommende ArbeiterInnen zu sparen.

1989 lebten in der DDR ca. 90 000 Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter. Ihre Lebensbedingungen haben sich durch die "Wende" - insgesamt gesehen - sehr verschlechtert. Das Problem mit den jetzt unerwünschten ArbeiterInnen sollte folgendermaßen gelöst werden:

Diejenigen Menschen, die am 1.1.1991 acht Jahre im Lande waren, sollten eine *Aufenthaltsberechtigung* bekommen (günstigste Aufenthaltsgenehmigung). Menschen, die kürzer hier waren, erhielten eine *Aufenthaltsbewilligung* (immer zweck- und zeitgebunden, z.B. durch einen Arbeitsvertrag). Nach Ablauf des ursprünglich vorgesehenen Vertragszeitraumes soll - entsprechend dem Ausländergesetz - die Ausreise erfolgen. Da auch Leute, die am Stichtag länger als 8 Jahre hier waren, oft nur eine Bewilligung bekamen, wird deutlich, daß das Bundesinnenministerium von vorherein plante, die Ausreise *aller* VertragsarbeiterInnen zu erzwingen.

Die rechtlichen und sozialen Unsicherheiten (Kündigungen aus den Betrieben) und die rassistischen Angriffe machten das Leben hier so unerträglich, daß schon Tausende in ihre Länder zurückgehen mußten.

In Berlin sind zur Zeit noch ca. 3000 Menschen aus Vietnam, und einige hundert aus Mosambik, Kuba und Angola (die Zahlen beschreiben die noch *legal* hier lebenden Menschen).

Zur Situation der vietnamesischen VertragsarbeiterInnen

Von den bundesweit 15 000 verbliebenen Menschen aus Vietnam sind jetzt und in nächster Zeit 6000 direkt von der Abschiebung bedroht. Weitere 6000 haben sich in ein aussichtsloses Asylverfahren geflüchtet.

Einigen Hunderten in Berlin droht in diesem Jahr die Abschiebung nach Vietnam. Mit Ablauf des ursprünglichen Arbeitszeitraumes (Regierungsabkommen) wurden auch die Aufenthaltsbewilligungen nicht mehr verlängert, die Zahlungen von Arbeitslosenhilfe und Wohngeld gestrichen, die Arbeitserlaubnis entzogen, die Mietverträge gekündigt. Ohne ihre Papiere kommen die Menschen nicht einmal an ihre Konten heran. Sie werden in die Illegalität gezwungen und durch "unerlaubten" Zigarettenhandel weiter kriminalisiert. Sie sind zu Freiwild geworden, für Zoll, Polizei und Rassisten; und für Leute, die aus ihrer Situation Profit ziehen.

Daß Du Dich wehren mußt, wenn Du nicht untergehen willst, das mußt Du doch einsehen ! B.B.

Trotz alledem versuchen die ehemaligen VertragsarbeiterInnen seit geraumer Zeit, die Massenabschiebungen zu verhindern. Seit 6 Monaten läuft – auf rein juristischer Ebene – eine Widerspruchs-"Aktion". Über diese Einzelwidersrüche sind zur Zeit noch keine Entscheidungen gefallen.

Die VietnamesInnen organisierten sich in der "Vereinigung der Vietnamesen in Berlin"; die MosambikanerInnen in der "Initiativgruppe Mosambik". Sie starteten zusammen mit anderen Flüchtlingsgruppen und -vereinen eine Öffentlichkeitskampagne.

Auch wurde den unterschiedlichsten Politikerinnen und Politikern systematisch auf die Füße getreten. Gemeinderäte in Städten (Coswig, Weimar), BVVs in Berlin (Hohenschönhausen, Mitte, Marzahn, Friedrichshain, Lichtenberg), einige Parteien (PDS/B90), aber auch die Bischöfe der neuen Bundesländer sprachen sich für ein gesetzliches Bleiberecht der VertragsarbeiterInnen der Ex-DDR aus.

Neben diesen z.T. sehr ernsthaften Willensbekundungen hat sich jetzt am 18.6.1992 das Abgeordnetenhauses von Berlin eine besondere Unverschämtheit geleistet: CDU/SPD sprachen sich für eine "befristete Aufenthaltserlaubnis" aus, wenn die VertragsarbeiterInnen ein festes Arbeitsverhältnis oder in einer Frist von 6 Monaten eine Arbeitsplatzzusicherung vorlegen können und wenn sie nicht "strafrechtlich in Erscheinung" getreten sind.

Die wenigsten VertragsarbeiterInnen können die obigen Bedingungen erfüllen. Auch sie wurden – noch vor den Deutschen – massenhaft aus den DDR-Betrieben entlassen. Der Arbeitsmarkt in den alten Bundesländern ist ihnen verschlossen. Da viele von ihnen illegal im Lande sind, ist es auch rein formal für sie nicht möglich, einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen.

Nun nähert sich die parlamentarische Sommerpause; bis zum Herbst sind keine Übergangs- oder Soforthilfen entschieden worden. Die von Abschiebung bedrohten Menschen sind zur Zeit in keiner Weise geschützt.

Eine Chance, das Blatt zu wenden, besteht in den jetzt geplanten außerparlamentarischen Aktionen. Die ganze Palette der "kritischen" Öffentlichkeit (von Pelz bis Punk) ist aufgefordert, ihre Solidarität durch direkte Unterstützung der Aktionen zu beweisen !

Informiert Euch und wehrt Euch gemeinsam gegen die Abschiebepolitik der BRD !!

Auf dem Wege zur Festung Europa geht die BRD konsequent voran. Abschiebestopps für Bürgerkriegsländer werden aufgehoben, das neue Asylverfahrensgesetz wurde beschlossen und die staatliche Propaganda ("Scheinasylanten", "Wirtschaftsflüchtlinge") zeigt ihre Wirkung in täglichen rassistischen Angriffen.

Diese Politik trifft auch die ehemaligen VertragsarbeiterInnen der DDR in ihrer Existenz. Entscheidungen für ein Bleiberecht werden systematisch verzögert. Nach den gegenwärtigen Verwaltungsvorschriften werden im Jahre 1994 die letzten von ihnen die Bundesrepublik verlassen müssen, weil sie zur Zeit als Arbeitskräfte nicht mehr verwertbar sind.

Letztlich werden nur diejenigen in diesem Land einen begrenzten Aufenthaltsstatus erhalten, die den wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik nützlich sind.

Freizügigkeit und Bleiberecht für alle !!

Infos bei:
Interkultureller Treffpunkt Grenzenlos; Oranienstraße 159; 1000 Berlin 61; Tel. 615 74 47
Asyl e.V.; Wilhelmstraße 9; 1000 Berlin 61; Tel. 251 22 77
Abschiebegruppe von SOS-Rassismus; Kohlfurter Str. 44; 1000 Berlin 36; Tel. 614 79 90
Treffen jeden Dienstag ab 19 Uhr 30

S.d.P. Asyl e.V.; Wilhelmstraße 9; 1-61

Das Asylbeschleunigungsgesetz

Gesetzgebung und rassistischer Terror arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Das Asylbeschleunigungsgesetz zwingt die Flüchtlinge in große Sammellager. Dies schafft den Behörden totale Kontroll- und Zugriffsmöglichkeiten. Die Lügen von "Asylantenflut" und "Überfremdung" sollen durch überfüllte Massenquartiere direkt wahrnehmbar gemacht werden.

Durch Zäune abgetrennt werden die Lager zu Ghettos, in denen weder nach innen noch nach außen soziale Zusammenhänge entstehen sollen und können. Durch die von den Politikern angezettelte "Asyldebatte" diffamiert, rechtlichen Schutzes beraubt, werden die kasernierten Menschen sichere Ziele für rassistische Angriffe.

Durch formale und juristische Barrieren sind Flüchtlinge zudem gehindert, einen Asylantrag mit Aussicht auf Erfolg stellen zu können. Ihnen werden kaum Zeit (nur 1 Woche !) und nur eingeschränkte Möglichkeiten (Rechtsberatung, DolmetscherInnen) gewährt, um die Anträge im vorgeschriebenen Rahmen begründen zu können, geschweige denn, sich gegen eine Ablehnung juristisch zu wehren.

Beispiel:
Wie sollst Du nach erlittener Verfolgung, Gefangenschaft, Folter und Flucht, psychisch und physisch zerstört, eingepfercht in umzäunten und bewachten Sammellagern, staatlichen Stellen gegenüber "Vertrauen" aufbringen? Um dann über die erlittenen Demütigungen oder gar über Deine politischen Aktivitäten sprechen zu können, d.h. um Deinen Antrag damit zu begründen.

Wie sollst Du - ohne die Sprache, das Land, geschweige denn die defizilen gesetzlichen Bestimmungen zu kennen, innerhalb einer Woche (!!) einen Rechtsbeistand (Rechtsanwältin/Rechtsanwalt) finden, die nötigen, d.h. richtigen Beweismittel (Dokumente) aus der Heimat beschaffen, sie übersetzen lassen, den Anwalt oder die Anwältin einarbeiten, den Antrag aufsetzen und einreichen. Eine Woche ist dafür Zeit. Später eingereichte Beweismittel gelten nicht mehr.

Das heißt: war es bisher schon extrem schwierig, als 'politisch verfolgt' anerkannt zu werden, so wird es jetzt nahezu unmöglich.

Die Einzelheiten des Asylbeschleunigungsgesetzes:

- ➔ Große Sammellager.
- ➔ Lagerverwaltung hat Polizeibefugnisse.
- ➔ Verlassen des Geltungsbereiches der Aufenthaltsgestattung für längstens 3 Tage bedarf der Erlaubnis.
- ➔ Verstöße gelten als Ordnungswidrigkeit. Wiederholungsfälle als Straftat (Geldstrafe oder Freiheitsentzug bis zu einem Jahr).
- ➔ Ausschreibung der Fahndung erfolgt nach 1 Woche Abwesenheit
- ➔ Anhörung und Asylantragstellung muß innerhalb der ersten Woche erfolgen.
- ➔ Klagefrist bei "unbegründeten" Anträgen nur 2 Wochen. Begründung des Widerspruchs in 4 Wochen.
- ➔ Klagefrist samt Begründung bei "offensichtlich unbegründeten" Anträgen nur 1 Woche.
- ➔ Nachträglich vorgebrachte Tatsachen und Beweismittel bleiben unberücksichtigt (Präklusionsvorschrift).
- ➔ Entscheidungen über Widersprüche fällen Lagerrichter auf dem Lagergelände.
- ➔ Diese Urteile sind in der Regel nicht anfechtbar. Keine Nichtzulassungsbeschwerde bei Verfahrensfehlern möglich.
- ➔ Nach Ablehnung des Antrages kann sofort abgeschoben werden.
- ➔ Bei Abschiebungshindernissen (es liegen Gründe vor, die eine Abschiebung in Ausnahmefällen nicht erlauben) wird die Abschiebung für 3 Monate ausgesetzt. Ohne neuerliche Prüfung kann dann abgeschoben werden.
- ➔ AntragsstellerInnen werden erkennungsdienstlich behandelt.
- ➔ Ärztliche Schweigepflicht wird außer Kraft gesetzt.
- ➔ Datenschutz für Flüchtlinge existiert nicht.

Die BRD als Motor der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung ist Mitverursacherin der Verelendung vieler Länder (Verschuldungs-Spirale), der Unterdrückung der Völker (Unterstützung von Diktaturen), der Unterhaltung von Kriegen (Rüstungsexporte) und somit mitverantwortlich für die Entstehung von Fluchtbewegungen.

Wir lehnen alle Bestrebungen und Gesetze ab, die das Ziel haben, die Zuwanderung und das Bleiberecht von Flüchtlingen zu beschränken und zu unterbinden.

Freizügigkeit und gleiche Rechte für alle !!

SOS RASSISMUS e.V.
SOS-Rassismus, Kohlfurterstraße 44, 1000 Berlin 36
Telefon 030 - 614 79 90 Telefax 030 - 614 48 98

Internierung macht krank!



Aus: Ruhrgebietsinfo Nr. 14 / Juli 92

Redebeitrag auf der Veranstaltung gegen Sammellager am 7.4. in Köln. Zur Funktion und Auswirkung von Lagern. Ein Vergleich von Lagern im Faschismus und Heute.

Gemäß dem neuen Asylverfahrensgesetz, das am 1.7.92 in Kraft treten soll, werden alle neu ankommenden AsylbewerberInnen - solange bis über ihren Asyl antrag entschieden ist - in Sammellagern untergebracht. Allein im Regierungsbezirk Köln sind 4 solcher Lager vorgesehen: 2 in Köln, eins in Düren, eins in Aachen - alle Gelände sind ehemalige Kasernen.

Was also ist eigentlich die **Funktion** solcher Lager? - Dazu 5 Thesen:

- der Rechtsweg soll verkürzt werden (denn laut offiziellen Äusserungen von 1982 "liegt die Unterbringung in Sammelunterkünften im Interesse der sachgemäßen und beschleunigten Durchführung des Asylverfahrens)
- durch die Einschränkung der Mobilität der Flüchtlinge (Anwesenheitspflicht) soll die **größtmögliche Kontrolle** erreicht werden.
- die Flüchtlinge sollen Konzentriert und isoliert werden; sie sollen möglichst wenig Kontakte nach draussen haben, so daß eine Solidarisierung von Flüchtlingen und UnterstützerInnengruppen möglichst unterbunden wird,
- es erfolgt eine **Stigmatisier ung** der Flüchtlinge als "Fremde, Anonyme, Ausgesonderte und minderwertige"
- das Moment der **Abschreckung** - (laut offiziellen Äusserungen gehört "Kasernierung" zu den "anreizmindernden Maßnahmen, um die Sogwirkung auf potentielle Flüchtlinge zu unterbinden.")

Um diese Abschreckung zu perfektionieren, werden die BewohnerInnen in den Sammellagern bewußt einer demütigenden sinnentleerten Situation ausgesetzt.. Zur Verdeutlichung folgen nun Zitate aus dem Bericht des " Bielefelder Flüchtlingsrates"; der im März 1989 5 bereits existierende Lager in Bayern besucht hat (Zirndorf, 2 in Nürnberg, Neumarkt/Oberpfalz, Parsberg):

zur Unterbringung:
in Zirndorf gleicht das Lager einem Gefängnis. Es ist von meterhohen Zäunen mit Stacheldraht umgeben (zum Schutz wird behauptet, doch der Stacheldraht zeigt nach innen)." Deutsche kommen hier nur mit Genehmigung des Lagerleiters herein. - Das Metalltor ist nur mit einem elektronischen Druckknopf zu öffnen. Beim Ein- und Austreten aus dem Lager müssen die Flüchtlinge ihre Lagerausweise vorzeigen. - Direkt neben dem Lager befindet sich eine Polizeistation deren Beamte (nach Aussagen) unverhältnismäßig brutal gegen Flüchtlinge vorgehen. Es finden häufig Razzien im Lager statt. Alles ist grau in grau und der Putz bröckelt von den Wänden.

Insgesamt: ist
der bauliche und hygienische Zustand der Lager katastrophal... und wird den gesundheit lichen mindeststandarts nicht im entferntesten gerecht. Die Räume sind hoffnungslos überbelegt, - die Mindestanforderung von 6qm wurde eher unterschritten: im Männerhaus des Lagers Zirndorf wohnen 16 Männer in einem 20qm großen Raum. in Neumarkt und Parsberg reichen in einigen Fällen die zugewiesenen Räume nicht, um Betten entsprechend der Personenzahl aufzustellen. Die Menschen schlafen auf ausgelegten Matratzen. In Nürnberg ist es ausdrücklich untersagt, eigenes Mobilia r (z.B. Kühlschrank) aufzustellen. Die Gemeinschaftsküchen sind völlig runtergekommen. Da es kein Geschirr gibt, kochen die Bewohner oft in Konservendosen.

In keiner Unterkunft gibt es entsprechend der Bewohnerzahl genügend Toiletten und Duschen. In Zirndorf (Männerhaus) kommen ca. 20 Bewohner 2 Toiletten. Oft sind die Toiletten verstopft und fallen für die Nutzung eine Zeitlang aus. Abgesehen von der viel zu geringen Anzahl der Duschen, ist der Zutritt durch festgelegte Zeiten stark eingergrenzt. In Zirndorf z.B. ist das Duschen bis 20 Uhr erlaubt; in Neumarkt nur 2 Stunden täglich. In Zirndorf ist AsylbewerberInnen der Zutritt zum öffentlichen Schwimmbad untersagt. In allen Unterkünften sind Toiletten und Duschen nicht nach Geschlechtern getrennt.
Jede Gemeinschaftsunterkunft wird von einem **Hausmeister** verwaltet - diese haben vor allem **restriktive Kontrollfunktionen**.
- Sie überwachen das Ein- und Ausgehen der Bewohner. (Potentielle Schwarzarbeiter - jede/r der/die das Haus regelmäßig verläßt - werden der Ausländerbehörde als verdächtig gemeldet.
- Sie kontrolliern die Besucher;- das Betreten ist oft nur mit Erlaubnis des Hausmeisters gestattet.
- Sie haben jederzeit freien Zutritt in die Räume der Bewohner.
- Sie verwalten die Essensausgabe - **Anwesenheitskontrolle**. So wurden in Nürnberg Flüchtlinge schon biem Ausländeramt abgemeldet, weil sie dreimal nicht zum Essen erschienen waren.

Essen
In ganz Bayern wird keine Sozialhilfe in bar ausgezahlt. Die Flüchtlinge erhalten stattdessen Essenspakete mit Lebensmitteln oder gekochtes Mittagsessen aus Großküchen. Je billiger die Firmen, die für die Zusammenstellung derPakete zuständig sind, einkaufen, um so mehr verdienen sie, da sie für jeden Flüchtling einen bestimmten Betrag erhalten. So ist die Qualität der Lebensmittel in den Essenspaketen oft sehr schlecht und zu knapp bemessen. Die Zusammenstellung ist einseitig. Oft bekommen Flüchtlinge Produkte, bei denen das Verfallsdatum schon fast erreicht oder überschritten ist.Die Essensausgabe in den Lagern ist oft mit zusätzlichen Schikanen verbunden: In Zirndorf z.B. muß das Essen persönlich abgeholt werden, d.h. es darf nicht für Verwandte, Kinder, Freunde mitgenommen werden. Die Essensausgabe erfolgt zu bestimmten Zeiten; Wer nich pünktlich kommt, bekommt nichts. Die Flüchtlinge in Zirndorf haben weder Geschirr, noch Töpfe, noch Gläser.

Ärztliche Versorgung:
Die Inanspruchnahme von Fachäztlicher Hilfe bzw. Überweisung an einen Facharzt muß bei der Sozialhilfeverwaltung beantragt werden, die Flüchtlingen sehr oft kostspielige Behandlungen erschwert oder verweigert,- insbesondere Zahnbehandlungen, Brillen. - Nach Anweisung des Bezirks Oberbayern 1987 "haben Asylbewerber grundsätzlich keinen Anspruch auf ärztliche behandlung, außer es handelt sich um eine gefahr für leib und Leben." Denn laut Bundessozialhilfegesetz ist medizinische Versorgung ein "Kannleistung" und liegt im Ermessen des Sozialhilfekörpers.
Dieser Alltag führt in Zusammenhang mit der Gesamtsytuation der Flüchtlinge zu physischen und psychischen Krankheiten. So beschreibt ein berliner Frauenarzt auf einem Hearing gegen Sammellager in Karlsruhe 1989 die **Auswirkungen** in etwa so:
Die Bedingungen unter denen Flüchtlinge in ihren Unterkünften leben müssen produziern Krankheiten. Flüchtlinge beenden ihre Flucht nicht immer in gesundem Zustand; Verfolgung, Hunger, Haft, Folter und Vergewaltigung haben oft schwere Verletzungen an Körper und Psyche hinterlassen. Als Opfer mangelder oder fehlender medizinischer Versorgung in ihren Heimatländern leiden Flüchtlinge an Mangelsyndromen, Unterernährung, parasitären Erkrankungen und Infektionskrankheiten. Bei der Einreise der Flüchtlinge beherbergen die Sammellager schon eine größere Anzahl primärkranker Menschen,die schneller Hilfe bedürfen. Neben den äußerst beengten Wohnverhältnissen stellen die völlig Unzureichenden hygienischen Gegebenheiten im Lager krankheitsauslösende - oder begünstigende Faktoren dar. In den sanitären Mißständen liegen die Hauptursachen der epidemischen Ausbreitung infektiöser Darm- und Lebererkrankungen; in Verbund mit Fehlernährung und nicht gewährleisteter Pflege führt dies zu erhöhter Anfälligkeit für andere Krankheiten wie Infektion der Atemwege und der Haut.
Bauliche Mängel in den Unterkünften, feuchte Wände mit Schimmelbildung, Ungeziefer, fehlende Möglichkeiten der Temperaturregulierung in den Räumen und Pilzbefall in unzureichend gepflegten Dusch- und Waschräumen, bilden die Brutstätte für Infektionen sowie Bakterieller und mykotischer Hauterkrankungen.
Für etliche Stoffwechsel- und andere **Krankheiten ist eine spezifische Diät** unabdingbarer Bestandteil der Therapie. Die durchführung einer solchen Diät ist für die Flüchtlinge jedoch nahezu unmöglich. Entweder wird die finanzielle Mehrbelastung einer Diät abgelehnt oder es bestehen keine Voraussetzungen der Diätzubereitung. In Sammellagern mit kompletter Vollverpflegung ist dies von vornherein unmöglich.
Ein besonderes Problem stellen Sammellager für schwangere Frauen dar. Arztkontakte werden vom betreuenden Personal nur sporadisch hergestellt. Häufig treten Komplikationen bei der Entbindung auf, als auch Fehl- und Frühgeburten. Die nach der Entbindung erforderliche intensive Körperpflege ist unter Lagerbedingungen unmöglich. Zwangsläufig mehren sich die entsprechenden Infektionen im Genitalbereich.

Doch nicht nur unter körperlichen Krankheiten wird in den Unterkünften gelitten, vielmehr noch unter vielfältigen **psychischen Störungen**, die auch Krankheitscharkter annehmen können:
Insgesamt zeichnen sich nach den Angaben der Wohlfahrtsverbände schon seit längerem soziale und psychische Langzeitschäden nach Lageraufenthalten ab. So werden in einer Stellungnahme der Caritas an den Innenausschuß des Bundestages 1989 u.a. fol-

gende Erscheinungsbilder bei AsylbewerberInnen festgestellt.
- Labilität, Depression, totale Apathie, Verfolgungswahn, psychosomatische Krankheiten, Aggression und Autoaggression, steigende Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen, Äußerung von Selbstmordabsichten ect.

Eine Studie über die Auswirkungen auf LagerbewohnerInnen im Sammellager Tübingen gibt an, daß "aufgrund der körperlichen Begleitsymptomatik sowie der Selbsteinschätzung hinsichtlich der psychischen Befindlichkeit, 60% der Untersichten als depressiv eingestuft werden können". Zum Problemfeld Depression werden z.B. folgende Anzeichen aufgeführt:
- allgemeine Niedergeschlagenheit und traurige Verstimmtheit mit dem Gefühl der totalen Hoffnungslosigkeit;
- das Gefühl, sein/ihr einenes Schicksal nicht beeinflussen zu können, im Sinne eines alsoluten Kontrollverlustes über die äußere Realität;
- Schlaflosigkeit bei dem gleichzeitig vorhandenen Gefühl, morgen s nicht aufstehen zu können (einige AsylbewerberInnen liegen mehr als 10 Stunden täglich im Bett, starren an die Decke und werden von immer wiederkehrenden Gedanken heimgesucht);
- Stupor (Bewegungs-und Regungslosigkeit): Manche AsylbewerberInnen sitzen stundenlang, wie versteinert, reglos in ihrem Zimmer;
- totale Antriebshemmung und Aparthie: Viele AsylbewerberInnen schildern sich als völlig Initiativlos, gelähmt, kraftlos und Entscheidungsunfähig. Sie sind nicht mehr in der Lage, einfachste Arbeiten wie z.B. die Reinigung ihres Zimers oder ihres Stockwerks auszuführen; einige gehen nicht einmal mehr aus dem Lager raus in die Stadt;
- innere Unruhe und Selbstgespräche: Einige AsylbewerberInnen schließen sich abends in ihr Zimmer ein, rennen rastlos auf und ab, schlagen ihren Kopf gegen die Zimmerwand und gegen die Tür; Einige führen tage-und nächtelang Selbstgespräche;
- Ruhelosigkeit und Schlafstörungen: Sie sind eine Folge der Sinnlosigkeit, der Hoffnungslosigkeit sowie der Wohnsituation. (dazu die wörtliche Äußerung eines Asylbewerbers "schon morgen s mag ich garnicht aufstehen, weil ich schon ganz klar die Sinnlosigkeit des Tages vor Augen sehe; ich darf nicht arbeiten, ich kann nichts aktiv zu Veränderung meiner Lage tun, alles erscheint mir völlig Sinnlos, meine Persöhnlichkeit wird zerstört.")

Als weitere Problemfelder geben sie an: Alkoholismus, Agressionen als Komplementäraktion zur Depression (die als eine nach innen gerichtete Agression interpretiert werden kann), Identitätsverlust bzw. Regressionserscheinungen begleitet von Lethargie und Passivität.

Die meisten AsylbewerberInnen verlieren mit zunehmender Aufenthaltsdauer im Lager das Gefühl einer vollwertigen individuellen Identität, sie fühlen sich nach eigenen Aussagen nur noch als verwaltete Objekte bzw. sogar wie "Tiere". Eine ganze Reihe von ihnen zeigt, bedingt durch die totale Verwaltung des täglichen Lebens, Regressionserscheinungen: sie fliehen zurück in kindliche und "kindische" Verhaltensweisen und zeigen sich zunehmend "Unmündiger".

In ihrer zusammenfassenden Beurteilung gehen die Verfasser der Studie davon aus, daß sich bei unveränderter Lagersituation eine ganze Reihe von AsylbewerberInnen in ambulante oder stationäre Behandlung begeben müssen.



FORTSETZUNG IM NÄCHSTEN HEFT

Wohncontainer für Asylbewerber-Unterkünfte auf der Theresienwiese in München

Seminarreihe der Lern-AG der Gruppe F.e.l.S (Für eine linke Strömung)

Revolutionäre Didaktik- Pädagogik der Unterdrückten

Über das Lernen lernen- Seminar mit der Kolumbianerin Pilar Trujillo aus der oppositionellen Volksbewegung



Lernen ist bei den meisten von uns mit den Erfahrungen aus Schule, Uni und Lehre verbunden: vorne steht der manchmal freundlichere, manchmal unfreundlichere, aber stets wissendeEinpauker, der uns mit Wissen volltrichtert, während wir uns -passive Naturen, Objekte, die wir sind- vollaufen lassen mit den notwendigen Informationen. Verweigern wir uns dem Belehrt-werden, drohen (in Lehre und Schule schlimmer, an der Uni weniger scharf) Repressalien in Form von schlechten Noten, fehlenden Scheinen, Diszilinarmaßnahmen, Strafen usw.
Dahinter steht die Existenzangst, denn wer gemessen an den von anderen festgesetzten Maßstäben nicht gut genug ist, der wird eben überausgebeuteteR HilfsarbeiterIn oder Hausfrau.-
Und selbst an den vergleichsweise fortschrittlichen Unis ist Lernen und Studieren nicht wirklich selbstbestimmt. Wie fast überall in der Gesellschaft gehen weite Teile der Lebensplanung in die Verfügungsgewalt anderer Menschen über. Bewertungsmaßstäbe, Lernziele und -Methoden werden LehrerInnen, DozentInnen und Lernenden übergestülpt. Das Bildungssystem heute ist zwar ungleich freier und antiautoritärer als vor 30 Jahren, aber das hat nichts daran geändert, daß "Schule" ein negativer Begriff geblieben ist, das Lernen ist immer noch vor allem ein Vollstopfen mit Wissen.

Daß es auch andere Formen von Lernen/Pädagogik/Didaktik gibt, wird dabei schnell vergessen. Selbständig zu handeln und zu denken aber bedarf eines permanenten Lernprozesses, einer ständige Erweiterung des Horizonts, der Fähigkeiten und Sensibilitäten. Es gibt keine menschliche Entwicklung ohne Lernprozesse, ohne Wissensvermittlungen.
Unsere Erfahrung bei Fels und in anderen linken Gruppen war, daß genau diese Lernbereitschaft und -fähigkeit gefehlt hat. Meist eher zufällig und individuell eignet man sich (aus Schule, Uni, Lehre entlassen) zusätzliche Kenntnisse an. Wer sich gegenseitig etwas beibringt oder erklärt, stellt erstaunt fest, wie schnell er/sie selbst in die Rolle der *belehrenden* Eltern/LehrerInnen gerät.

Als FELS begann, betonten wir sehr stark die Bedeutung von *Lernprozessen.* Lernprozesse als Linke, als Mitglieder einer Gruppe, als Männer und Frauen, die wir individuell unterschiedlich sozialisiert/erzogen worden sind, als ganze Gesellschaft, die ihre Organisationsform radikal umwälzen muß.
Die Auseinandersetzung mit neuen, kollektiveren Lernformen, die die verschiedenen Wissensstände der Menschen berücksichtigen, drängte sich auf, sowohl innerhalb der Gruppe als auch bei unseren Seminaren.

Sonntag 12. Juli, 11 Uhr 30
im Nachladen, Waldemarstr. 36- Vorderhaus
1000 Berlin 36 (Nähe U-Bhf Kottbusser Tor)

Im Gespräch mit der Kolumbianerin Pilar Trujillo wollen wir unter anderem folgende Fragen diskutieren:

- Wie groß ist die Bedeutung des oppositionellen und revolutionären Volksbildungssektors in Kolumbien?

- Mit wem werden Programme durchgeführt und was für welche?

- Welche Rolle spielt - nach Ansicht der Linken - das Lernen und Diskutieren bei dem Prozeß der Befreiung?
- Der Befreiungspädagoge Paulo Freire spricht davon die Leute zum selbsttätigen Denken zu animieren, anstatt sie zu agitieren. Wie breit hat sich diese Meinung durchgesetzt und wie realistisch ist sie in einer Situation materiellen Elends?

- welche didaktischen Mittel benützen die "VolkspädagogInnen" in Lateinamerika bei ihren Lernprogrammen? Wie sehen die Programme konkret aus?

- Welche Bedeutung hat die Zielgruppe (BäuerInnen, Studis, ArbeiterInnen, StadtteilbewohnerInnen) bei der Vorbereitung und Aufbereitung des Lernprogramms? Also welche Aspekte werden bei der Vorbereitung berücksichtigt und welche Lernmethoden verwendet?

- Auch in Deutschland gab es in den 70ern zahlreiche Bemühungen in der Gewerkschafts- und Erwachsenenbildung, aber mit der Zeit haben sich immer weniger Leute dafür interessiert. Wie gelingt es in Lateinamerika breitere Bevölkerungsteile für Bildungsprogramme zu gewinnen?

- In welchem Verhältnis steht konkrete Bildung (z.B um damit den Lebensunterhalt zu verdienen) zu politisch weiterführender Bildung?

Pilar Trujillo ist seit Jahren in der oppositionellen Volksbewegung aktiv. Ende der 70er kam sie unter der Anklage der "Kollaboration mit der Guerilla" für längere Zeit in den Knast. Seit Mitte der 80er arbeitet sie im *Zentrum für Gewerkschafts- und Arbeiterstudien (CESTRA)*, einer unabhängigen Institution, die immer wieder ins Fadenkreuz der Repression geraten ist. CESTRA, das längst zu sehr viel umfassenderen Themen als nur zu Gewerkschaften und Arbeiterklasse forscht und arbeitet, gehört neben FUNDICEP und dem IPC in Medellin zu den fortschrittlichsten Bildungsorganisationen der Volksbewegung. Die Bedeutung dieser Institutionen für die Linke ist sehr viel größer als bei den Stiftungen und Instituten in Deutschland heutzutage der Fall ist.

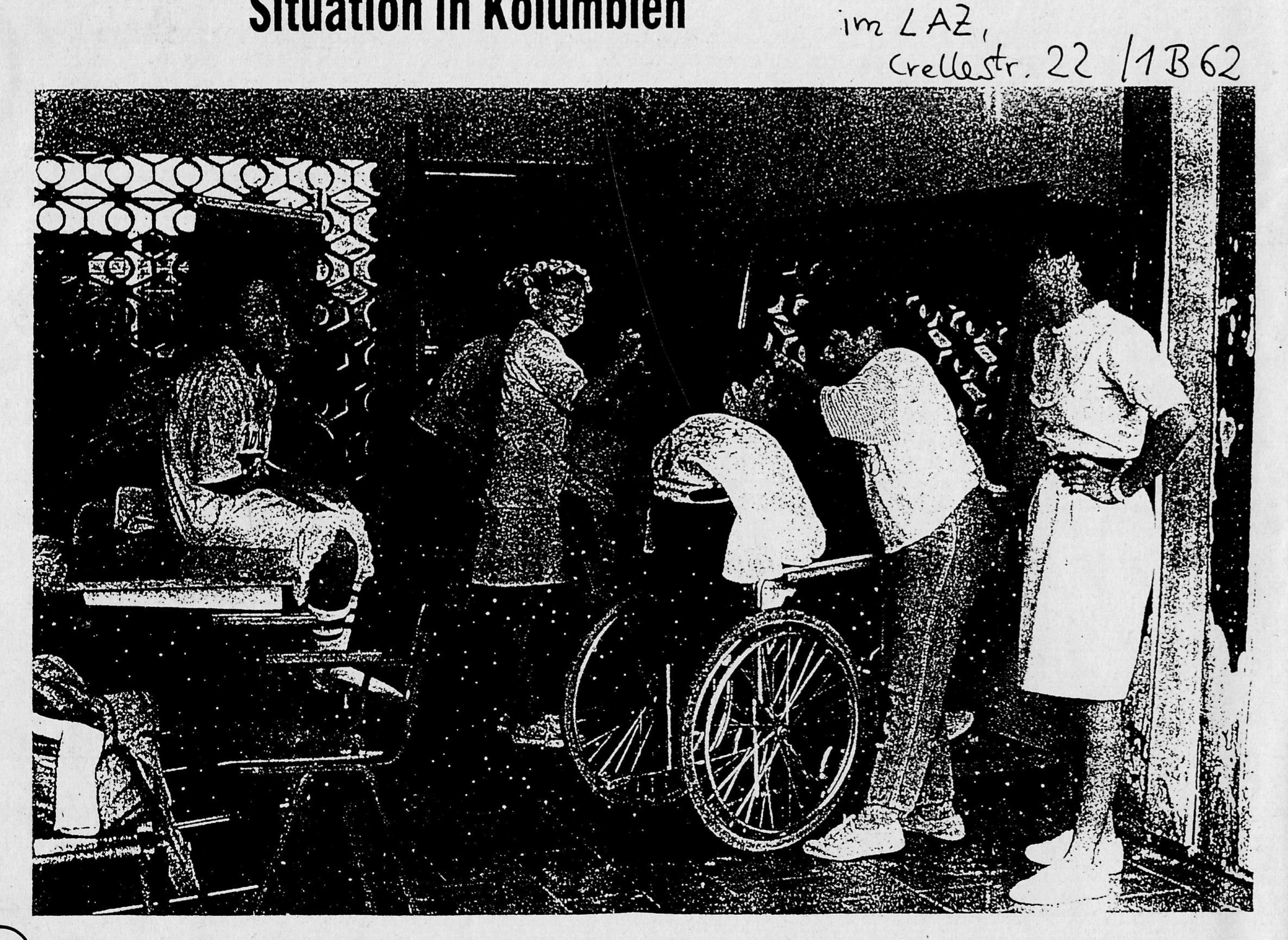
Lesetips für das Seminar am 12.7.:
-*Paulo Freire:* Pädagogik der Unterdrückten (die ersten 80 Seiten einschließlich Einleitung)
-*Colectivo 15 de Febrero:* Gramsci, Volksmacht und kontinentale Befreiung- Interview mit kolumbianischen RevolutionärInnen
-*Autonome Seminare AG am OSI/FU Berlin:* Reader zu "Autonomen Seminaren"; der Reader ist relativ neu und beschäftigt sich mit den Erfahrungen beim selbständigen, autonomen Lernen ohne DozentInnen

und am

Montag 13.Juli 18 30 Uhr *dann ebenfalls mit der Companera Pilar:*

Informationsveranstaltung zur aktuellen Situation in Kolumbien

im LAZ, Crellestr. 22 / 1B 62



RAF-DEBATTE

anmerkungen zur debatte zwischen der raf, den gefangenen aus der raf und aus dem widerstand und genossInnen,die 'noch' legal leben

ließt mensch die aktuellen interviews und stellungnahmen der raf, gefangener aus raf und widerstand, ist eine historisierende betrachtungsweise auf die gesamte kampfetappe der metropolenguerilla unverkennbar. es werden nicht die brüche und kontinuitäten, sowie die diskussionen, die zu den einzelnen schritten und politischen entscheidungen führten, hervorgehoben, wie es in den "anmerkungen zum "konkret"-interview der celler gefangenen" in der interim 198, s. 12 richtig benannt wird.

für genossInnen, die die aktuelle debatte für einen neuen revolutionären aufbruch nutzen wollen, ist es notwendig,die fehler der raf zu erkennen und ihre ursachen zu analysieren.
dazu müssen wir uns die diskussionen, die zu den unterschiedlichen entscheidungen in den verschiedenen kampfetappen geführt haben, ranholen.ebenso wichtig ist es, kritik von genossInnen hier und in der internationalen debatte in die aktuelle analyse einzubeziehen.

so wäre zu untersuchen, ob tatsächlich die raf gescheitert ist, weil sie den bewaffneten kampf begonnen hat oder weil sie sich ab einen bestimmten zeitpunkt an einer linie orientierte, die nach der meinung einiger revolutionärInnen zum scheitern führen mußte. allelrdings ist eine öffentliche auseinandersetzung der kritisierten - der raf und den antiimps - nicht bekannt.
nur ein prozeß von kritik und selbstkritik, der analyse eines revolutionären prozeßes, macht den weg frei für lernprozeße innerhalb des revolutionären prozeßes. es sollen gemachte erfahrungen nicht weggeworfen werden, um in diffusen sozialen bewegungen auf- bzw. unterzugehen. das viele gerede, von den neuen wegen, die wir jetzt gehen müssen, wird schnell zur phrase, die die rückkehr in die ausgelatschten pfade des reformismus vorbereitet, wenn die neuen wege nicht das ergebnis einer revolutionären, internationaistischen debatte sind, in der fehler der bisherigen revolutionären praxis erkannt und korrigiert werden.

an einer stelle soll aufgezeigt werden, wie der verzicht auf den bezug der eigenen revolutionären geschichte, ins beliebige führt.

so reden die celler gefangenen in dem interview vom zusammenbruch der realsozialistischen länder, eine allerweltsphrase heutzutage.#
dabei hatte brigitte mohnhaupt schon 1984, diese entwicklung so analysiert: " die härte, mit der die imperialisten jetzt auf allen ebenen krieg führen, liegt in ihrem ziel. - sie begreifen ihn jetzt auf allen ebenen als entscheidungsschlacht, weil sie nach dem einbruch in vietnam die sicherung ihrer macht nur noch in der vollständigen eliminierung des antagonismus für möglich halten. der guerilla in westeuropa, der befreiungsbewegungen, der national befreiten staaten und schließlich auch der sozialistischen staaten im osten."
das ist der kern dessen, was ab ende der 80er jahre mit der zerschlagung der nominalsozialistischen staaten ihren höhepunkt erreicht hatte. die gegenkräfte in den metropolen, von denen der imperialistische angriff ausging, waren nicht in der lage, das klar erkennbare und nicht nur von brigitte präzise benannte projekt zu stoppen.
so gilt heute für die raf, wie für die gesamte revolutionäre linke, was sie (die raf) in ihrem maipapier (guerilla, widerstand und antiimperialistische front, mai 1982) so beschrieb: "die bedingungen des kampfes haben sich in der dialektik von angriff und reaktion geändert. und wie sich die bedingungen ändern, müssen sich die formen des kampfes ändern".
statt, wie teilweise auch die celler gefangenen, darüber zu schwadronieren, ob in der aktuellen situation revolutionäre gewalt angebracht ist, muß es doch darum gehen, die eigenen ziele und die dazu angewandten mittel an den tatsächlich erzielten resultaten zu überprüfen. danach müßte geguckt werden, woran es lag, daß die anvisierten ziele, - hier verhinderung des imperialistischen projekts aus den metropolen - gescheitert ist.

neben dem schon erwähnten, nie revidierten maipapier der raf, wäre genauer auf die diskussionen des "kongreßes antiimperialistischer und antikapitalistischer widerstand in westeuropa" einzugehen, der vom 31.1.86 - 4.2.86 in frankfurt/m stattfand.
ein schwerpunktthema dieses kongreßes war die analyse des projektes der imperialistischen rekonstruktion globaler macht und wie es die gegenkräfte hinkriegen können, die kräfte des imperialismus zu zersplittern.

auf diesem kongreß wurde ein papier "für den kommunismus" verteilt, das die praxis der guerilla nch 1977 einer solidarischen aber scharfen kritik unterzog.
"die versimplifizierung von komplexen, vielschichtigen und komplizierten zusammenhängen (z.b.gesamtsystem) d.h. die verflachung der politischen analyse, gar keine oder mangelhafte auseinandersetzung mit marxistischen grundlagen, außer achtlassen des historischen prozeßes....subjektivismus und wunschdenken wirken schon seit langem in unsere politische arbeit....da sich ansonsten die fehler der vergangenheit in fataler weise weiterpotenzieren und die ganze revolutionäre kraft, die im kampf der guerilla und der organisierung der antiimperialistischen front steckt, sich nicht entfalten kann...."
die reaktion auf dieses papier in der brd-linken war eher ausgrenzung und diffamierung als eine solidarisch-kritische auseinandersetzung. allerdings spielte dieses papier innerhalb des revolutionären widerstands in westeuropa eine wichtige rolle.
das diskussionspapier "zwei unvereinbare linien innerhalb der revolutionären bewegung in europa" geschrieben von gefangenen aus der spanischen guerillaorganisation grapo und der wiederaufgebauten kommunistischen partei spaniens (pce(R)) formuliert den dissens noch schärfer : "diese untersuchung wird es uns ermöglichen zu beweisen, daß die "antiimperialisten" kein kommunistisches programm haben... so ist zu verstehen, daß ihre aufrufe zur antiimperialistischen einheit kein anderes ziel haben als den blinden kampf gegen die nato und die monopole".
die kritik der kämpfenden kommunistischen kollektive (ccc) belgiens ging in die gleiche richtung.
es blieb nur eine bemerkenswerte tatsache, daß alle diese kritiken nie aufgegriffen wurden. die solidarität der hiesigen antiimps auch mit den gefangenen der ccc und der grapo und pce(r),kann den eindruck nicht verwischen, daß eine kritische auseinandersetzung mit ihnen nicht gewünscht war. spätestens jetzt, wo der kritisierte antiimperialistische flügel der revolutionären bewegung westeuropas schwere fehler einräumt und sogar den bewaffneten kampf zur disposition stellt, ist es an der zeit, sich mit den kritikerInnen auseinanderzusetzen.
zumal diese kritiken auch in jüngerer zeit vorgetragen worden, z.b. von den genossInnen der kommunistischen brigaden im mai 1991

oder den genossInnen des italienischen gefangenkollektivs wotta sitta im dezember 1991. diese genossInnen schrieben zur aktuellen situation:
"der kampf und der prozeß der revolutionären auseinandersetzung faßt hier in italien wie in ganz europa in einer internationalen dimension revolutionären prozeßes wieder fuß und sie haben ihren hauptsächlichen katalysator in den kämpfen gegen die imperialistische "neue weltordnung". ..wir begreifen uns in dieser dimension der konfrontation des kampfes und kämpfen mit den revolutionären gefangenen europas, des nahen ostens, des mittelmeerraumes und überall auf der welt."
diesen internationalistischen bezug vermissen wir in den jüngsten erklärungen der raf und auch in den interwies der gefangenen.

warum wir die debatte führen wollen, haben wir im text schon an verschiedenen stellen deutlich gemacht. hier noch einmal einige punkte zusammengefaßt:
- wir haben keinen historisierenden blick auf die raf und die perspektiven kommunistischer befreiung in den metropolen.
- neue wege sind für uns primär das ergebnis eines diskussionsprozeßes unter revolutionärInnen. nichtaufgegriffene diskussionsansätze sind verpaßte chancen für die entwicklung revolutionärer perspektiven.
- wir wollen jenen etwas entgegensetzen, die mit der geste "wir haben es ja schon immer gewußt", mit der raf gleich jegliche vorstellung einer kommunistischen perspektive begraben wollen.
- gespräche mit allen gesellschaftlichen gruppen oder allen, die ein anderes leben wollen, können die debatte unter revolutionären nicht ersetzen.
die debatte soll ohne rechthaberische positionen und unfruchtbaren linienstreit geführt werden.
dazu laden wir interessierte ein am freitag, den 10.7.92 um 18 uhr in das ehemalige prowo-büro in der eisenbahnstr. 4, hh in berlin 36 zu kommen.
über die debatte der verschiedenen texte wäre u.a. vorstellbar, einen reader mit den verschiedenen beiträgen zu erstellen.#
einige texte zur diskussion:
- beiträge für die debatte in der revolutionären bewegung europas, 1. ausgabe, mai 91, kommunistische brigaden

-5-

- zwei unvereinbare linien innerhalb der europäischen revolutionären bewegung, kommune carlos marx, politische gefangene der pce(r) und der grapo
- für den kommunismus, diskussionspapier, das auf dem antiimperialistischen und antikapitalistischen kongreß 1986 verteilt wurde (es findet sich auch im anhang der broschüre von den "kommunistischen brigaden).
-texte 1984 -85, diskussionsbeiträge der ccc, einer kommunistischen guerilla aus belgien
- partei und guerilla, text von grapo und pce(r),
- beiträge der kommunistischen italienischen guerilla und des gefangenenkollektivs wotta sitta in reihe "texte" besonders nr. 3 und 4
-brief vom moro-ter-berufungsverfahren, rom, dezember
-....sag mal. wo leben wir denn, briefe von bernhard rossenkötter, ali jansen, michael dietiker zur raf-erklärung aus: ak - 3.6.92. s.11

etwas literarisches zum thema:
christian geissler, (k)-winterdeutsch, die aktion, mitte april 1992

autonome kommunisten



SKLAVENARBEIT BEI KRUPP RHEINHAUSEN ?!

100.000 Menschen, die man aus Rußland oder Polen verschleppt hatte, mußten im 3. Reich Zwangsarbeit für den Krupp-Konzern leisten. Dabei unterlagen sie brutalster Unterdrückung und waren zum jederzeitigen Abschuß freigegeben.

Die Sklaventreiber und Mörder von damals, die 1945 ungestraft davonkamen und Amt und Würden bald zurück erhielten, scheinen im Geiste den heutigen hohen Herren noch immer die Hand zu führen:

So wurden Ende letzten Jahres auf dem Gelände der Krupp-Stahl AG Rheinhausen (wieder) Menschen aus dem Osten gehalten. Für teilweise weniger als 7 DM Stundenlohn, zum Teil bei einer 15-Stunden Schicht, hatten sie innerhalb weniger Wochen die betriebseigene Kokerei *(eine Uralt-Dreckschleuder, müßte schon längst stillgesetzt sein, d.T.)* umzurüsten. Sie wurden auf dem Werksgelände mit vier oder sechs Personen in blechernen »Wohn«-Containern kaserniert, die eigentlich für zwei Personen konzipiert sind – gegen DM 11,20 Übernachtungsgebühr.

Das mit der Umrüstung beauftragte Unternehmen Krupp-Koppers (Tochter der Krupp GmbH) hatte dafür zuerst Arbeiter aus dem jüngst von Krupp geschluckten Kaltwalzwerk Oranienburg (Ex-DDR) nach Rheinhausen gelockt. Den Kollegen hatte man Aufhebungsverträge angeboten, mit einer Abfindung bei Ausscheidung aus dem Arbeitsverhältnis und unter der Maßgabe, sie befristet weiterzubeschäftigen.

Als die Kollegen sich über die menschenverachtenden Bedingungen beschwerten, unter denen sie Krupp-Koppers in Rheinhausen „weiterbeschäftigte", wurden sie kurzerhand gegen polnische Arbeiter aus Krakau ausgetauscht, die die Arbeit in der Hitze und dem Staub der Kokerei und unter dem ungeheuren Leistungszwang widerspruchloser fortsetzen sollten. Ebenso akzeptieren mußten sie die quasi hermetische Abriegelung von der Außenwelt.

Die Chance zum Einkaufen bietet sich für die Arbeiter erst nach zig Kilometern Fußmarsch. Nur ein bis zweimal durften sie – selbstverständlich auf eigene Kosten – nach Hause fahren.

Und das alles passierte unter den Augen aller Mandatsträger von IG Metall und dem Krupp Betriebsrat!

Welch ein Hohn, daß dieselben Herren zu diesem Zeitpunkt in der Stahl Tarifrunde am Verhandlungstisch saßen und die Forderung nach einer 10,5 prozentigen Lohnerhöhung im Munde führten.

Das Europa der EG '93, das nur dem Kapital etwas zu bieten hat – nämlich rechtlose Wanderarbeiter und Lohnanpassung nach unten – muß auf den entschlossenen, gemeinsamen Widerstand aller In- und Ausländer stoßen!

Dies Europa, das nur dem Kapital erlaubt ohne störende Gesetze und Grenzen zu schalten und zu walten wie es will, darf nicht durchkommen...

(h.l./Rheinhausen)

verteilt auf einer veranstaltung zu den neuen "Materialien für einen neuen Antiimperialismus" im "kato" am 14.06.

Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells

Einleitung

"Was gibt es in der Geschichte, was nicht der Ruf zur Revolution oder die Angst vor ihr ist?" (M. Foucault)

Der Zerfall der Sowjetunion nach dem Scheitern des Transformationsprojektes "Perestroika" und die damit sich vollziehende Auflösung der als stabil geschätzten kalten Kriegsordnung, in der für Jahrzehnte die Konstellation der beiden konkurrierenden Machtzentren die internationalen politischen Beziehungen und das geopolitische Weltsystem dominierte und zugleich polarisierte, hinterließen in der radikalen Linken eine konfuse Ratlosigkeit. Ihr nachgereichtes Credo, daß das Sowjetsystem nie theoretischer Bezugspunkt ihrer Politik gewesen sei, ändert nichts an der allgemeinen Verunsicherung. Anderen wiederum brach mit dem rasanten politischen Umbruch in Osteuropa ihr gesamtes ideologisches Koordinaten- und Orientierungssystem zusammen. Bad Times!
Aber trotzig gewendet wird der ideologische Trümmerhaufen zur neuen Behausung, in der sich mit beliebigen Versatzstücken eingerichtet werden kann. Eine Stunde Null der radikalen und militanten Linken?
Dabei stellt sich angesichts des Scheiterns der sozialistischen Modernisierungs- und Entwicklungsvariante die Frage nach Perspektiven sozialer Befreiung und Revolution aktueller und drängender denn je. Denn weder das prophezeite Ende der Geschichte, in dem sich die konkurrenzkapitalistische Marktrationalität und liberale Demokratie weltweit durchsetzø, noch die proklamierte neue Weltordnung unter US-Hegemonie zeichnen sich am Horizont ab, sondern vielmehr die globale Konfrontation trikontinentaler - einschließlich ost- und südosteuropäischer - und metropolitaner Massenarmut mit den gesteigerten Zwängen einer kapitalistischen Weltökonomie. Der High-Tech-Vernichtungskrieg am Golf signalisierte unmißverständlich die Bereitschaft der nördlichen "Zivilgesellschaften", ihre oil-based und globale Ressourcen verschlingenden Ökonomien in den heraufziehenden "Nord-Süd-Konfrontationen" nach der historischen Zäsur mit allen Mitteln zu verteidigen. Die Ordnung des kalten Krieges droht durch eine Ordnung des sozialen und militärischen Krieges gegen die Armen abgelöst zu werden, gleich, ob die Habenichtse ihre Ansprüche auf Einkommen und Existenz in den inner cities urbaner Metropolen, in den algerischen und russischen Dörfern oder anderswo auf der Welt erheben.
Der mit dem Zerfall des subhegemonialen Machtzentrums einhergehende Zusammenbruch des Nachkriegssystems und die Desillusionierung sozialistisch-nationalstaatlicher Entwicklungshoffnungen potenzieren den Krisenprozess der kapitalistischen Weltökonomie, die jetzt schon die explodierenden sozialen Erwartungen und Unruhen in den Armutszonen und -vierteln ihrer Weltfabrik weder einzudämmen noch zu reintegrieren vermag. Der scheinbare Triumph des kapitalistischen Gesellschaftsmodells könnte sich als sein drohender Zusammenbruch erweisen. Insofern kann eine Analyse des Scheiterns des sowjetischen Entwicklungswegs zu einem Verstehen des gegenwärtigen Krisenprozesses beitragen. Der vorliegende Aufsatz spiegelt unsere materiellen Arbeiten und Diskussionen der letzten drei Jahre wider. Wir haben aus der kaum zu bewältigenden Fülle des Materials zum sowjetischen Gesellschaftsmodell lediglich einige Schwerpunkte ausgewählt, sie aus ihren ideologischen Verkrustungen herausgelöst und sie aus der Sicht derer, die keine Geschichte zu haben scheinen, zu reinterpretieren versucht. Das so projizierte Bild ist daher notwendig bruchstückhaft und unvollkommen, als vorläufiger Beitrag zu einem überfälligen Diskussionsprozeß innerhalb der radikalen Linken aber könnte es dienlich sein.
Das Ende des "sozialistischen Experiments" erscheint in den neueren Aufsätzen der Weltsystemtheoretiker als Etappe einer kontinuierlichen Entwicklung, die sich von der Dissoziation über die selektive Integration bis zur Reintegration in den kapitalistischen Weltmarkt erstreckt. Die Diskontinuitäten der Geschichte aber und vor allem ihre sozialen Akteure werden so eliminiert. Gleichfalls unbefriedigend bleibt die ökonomistische Sezierung der "economics of shortage", die, orientiert an den Rationalitätskriterien des Weltmarkts, nichts weiter als die mehr oder weniger bekannten Funktionsmängel und Effizienzschwächen der sowjetischen Planwirtschaftsleiche zu Tage bringt. Dem Scheitern bzw. der Unterlegenheit der sowjetischen Modernisierungsvariante in der Systemkonkurrenz wird damit Zwangsläufigkeit unterstellt und attestiert. Die Externalisierung der Ursachen des Scheiterns jenes "überlegenen Gesellschaftsmodells Sozialismus" durch seine bornierten Apologeten können getrost vernachlässigt werden.
Wir haben dagegen nach Spuren sozialer Kämpfe und Praktiken gesucht, die sich gegen die Rationalisierungs- und Rentabilisierungszwänge der sozialistisch-industriegesellschaftlich verfaßten Entwicklungsordnung richteten. So haben wir für die poststalinistische Phase bis zur Gegenwart Linien und Felder verschiedenster sozialer Klassenkonfrontationen nachgezeichnet, aus deren Perspektive das Scheitern des sozialistischen Entwicklungsmodells die ihm unterstellte Zwangsläufigkeit einbüßt. Denn die letzten vierzig Jahre der Geschichte der Sowjetunion waren immer auch eine Geschichte sozialer Konflikte und Kämpfe der von der sozialistischen Staats- und Parteibürokratie beherrschten subalternen Klassen und Ethnien. Diese Klassenauseinandersetzungen im weitesten Verständnis waren in der Sowjetunion nie stillgestellt. Bruchstücke dieser Gegengeschichte haben wir zu rekonstruieren versucht. Eine Gegengeschichte, die die aufgescheuchten linken Sozialismusdeuter wohlwissend unterschlagen und stattdessen über die Steuerungsdefizite der implodierenden sozialistischen Gesellschaftsorganisation angesichts auseindergefallener System- und Sozialintegration ("Zivilisationslücke") sinnieren und fabulieren.
Aber die sozialtechnokratischen Träume der linken Modernisierungsintelligenz in Ost und West, die diese noch zwischen 1985 und 1991 zu hegen wagten, sind vorerst einmal wie Seifenblasen zerplatzt.
Dagegen bleibt die Sowjetunion gerade wegen der über viele Jahre an sie gehefteten Trugbilder, Hoffnungen und Erwartungen die terra incognita der linksradikalen Bewegungen. So ist auch der desillusionierte Blick auf das sozialistische Entwicklungsexperiment eines unserer Anliegen. Über die daraus erwachsenden Fragestellungen muß sich eine linksradikale Bewegung in den Metropolen neu verständigen, will sie sich nicht in politischer Bedeutungslosigkeit und sektiererischer Randständigkeit auflösen.
Unser Aufsatz besteht aus verschiedenen Abschnitten, die zu ganz unterschiedlichen Zeiten und z.T. noch ohne Gesamtkonzeption entstanden waren und niedergeschrieben wurden. Wir haben sie lediglich wie ein Mosaik zusammengefügt und so sind trotz Überarbeitung Spuren der ersten Ausformulierung, aber auch Wiederholungen unvermeidlich geblieben. Der Text trägt also noch die Züge des Arbeitsprozesses.
Eine komprimierte Zusammenfassung des Artikels stellen wir thesenartig dem Ganzen voraus.

1. **Dem Artikel** liegt das hier nicht weiter ausgeführte Verständnis zugrunde, daß das sowjetische Entwicklungsmodell als Strategie expansiver, beschleunigter Industrialisierung, inspiriert durch das von Marx beschriebene Modell ursprünglicher Akkumulation, auf der Herauspressung zusätzlicher Ressourcen und Arbeitsquanten aus dem russischen Dorf und der Landwirtschaft beruhte. Die Zerstörung der bäuerlichen Kleinproduktion und der traditionellen Dorfgemeinschaft und die massive Ausbeutung des Agrarsektors diente der Zufuhr von BauernarbeiterInnen in die Städte und Fabriken und dem Werttransfer vom Land in die extensive Industrialisierung der Industrieregionen. Eine gewaltsam erzwungene rationellere Wertschöpfungsorganisation auf dem Land war erst die Voraussetzung der sowjetischen Industrialisierung. Daneben reproduzierte die innersowjetische Arbeitsteilung die traditionelle Rolle der peripheren Republiken in Transkaukasien und Mittelasien als koloniale Rohstoff- und Arbeitskräftelieferanten.
Die leninistische Illusion der nationalen Entwicklung wird als Versuch gewertet, die imperiale Teilung der Welt in entwickelte Industrie- und unterentwickelte Agrarstaaten aufzusprengen und gegenüber den kapitalistischen Industriegesellschaften eine nachholende Entwicklung in Gang zu setzen. In diesem globalen antagonistischen Rahmen ist die sowjetische Entwicklungsvariante einzuordnen.
Die bolschewistische Entwicklungsdiktatur aus "Zentralismus und Repression" war lediglich die adäquate politische Ordnung, in der die militär-industrielle Entwicklung

aus den sozioökonomischen Verhältnissen einer vorwiegend agrarisch geprägten Gesellschaft herausgepreßt und vorangetrieben werden konnte. Es war die Transformation der sozialen Revolution in ein neues Wertschöpfungsmodell, das der "sozialistischen Akkumulation".
Hier nun setzt unser Artikel ein. Das stalinistische bzw. poststalinistische Akkumulationsregime ist als eine nationalstaatlich begrenzte Entwicklungs- und Modernisierungsvariante zu begreifen, deren ökonomische und soziale Rationalisierungsressourcen im Rahmen einer transnationalen Weltökonomie aufgebraucht waren und deren sozialer Antagonismus Anfang der 80er Jahre die Akkumulationsraten soweit ins Stocken bringt, daß die Reproduktionsfähigkeit des Systems als Ganzes in Frage gestellt war.
Das sowjetische Entwicklungsmodell mußte scheitern; denn die unionsweite Wertschöpfungs- und Verwertungsblockade konnte Anfang der 80er Jahre mit dem bestehenden Regulationsinstrumentarium aus Wohlfahrtstechniken, Produktionsimperativen und militär-industriellen Entwicklungsschüben nicht mehr durchbrochen werden, zumal sich der Druck aus dem Rohstoffpreisverfall, einer neuen technologischen Stufe der Rüstungskonkurrenz und aus der gescheiterten Afghanistanintervention auf die Krisenregulationsmöglichkeiten verstärkte.
Die ArbeiterInnenradikalität verhinderte in der Breschnew-Ära weitgehend eine industrielle Rationalisierung zur Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität, nur durch allgemeine Wohlfahrtszuschüsse konnte eine offene Klassenkonfrontation verhindert werden. Die administrative Kontrolle, Regulation und Disziplinierung des ArbeiterInnenverhaltens versagte, stattdessen wurden die Regulationsmechanismen und - instanzen sozial in Besitz genommen ("Verhandlungsökonomie", Korruption, "orientalische Antwort"), die versteckten Räume der Produktion genutzt und angeeignet. Die Mobilitäts- und Verwertungsschranken in Transkaukasien und Zentralasien wurden unüberwindbar.
Die poststalinistische Ära war über lange Zeit von einem sozialen Patt, dem "sozialistischen Gesellschaftsvertrag" oder great deal, gekennzeichnet, einem Konsens, der einen niedrigen Lebensstandard mit steigender Tendenz bei hoher sozialer Sicherheit und geringer Verdichtung des Arbeitstages beinhaltete. Das daraus erwachsene hohe Maß an sozialer Gleichheit entsprach - vor allem auf dem Lande - einer breiten Mentalitätsstruktur (F. Hoffer). Die "sozialistischen Errungenschaften", denen heute die Linke nachtrauert, müssen zum großen Teil als abgerungene Zugeständnisse an die sozialen Klassen, als Ausdruck von Klassenmacht interpretiert werden. Immer wenn der Klassenkompromiß aufgekündigt werden sollte, entwickelten sich breite soziale Unruhen wie z.B. Anfang der 60er Jahre.
Wir werden im ersten Abschnitt der Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells aus der Perspektive der sozialen Kämpfe und Praktiken nachgehen.

2. Im zweiten Abschnitt, den wir die sowjetische Ökonomie des kalten Krieges genannt haben, untersuchen wir den Schnittpunkt zweier Prozesse, der Dynamik des Wettrüstens und der Entwicklung des sowjetischen Gesellschaftsmodells. Über erste Hypothesen zu einer politischen Ökonomie des kalten Krieges erarbeiten wir uns einen Interpretationsrahmen, in dem wir zu dem Schluß gelangen, daß für eine begrenzte Zeit sich die Dynamik der kalten Kriegskonkurrenz in die Dynamik des kriegswirtschaftlich ausgerichteten sowjetischen Entwicklungsmodells übersetzte und den militärischen Weltmachtstatus der Sowjetunion festigte. Die Fortsetzung der kriegsökonomischen Akkumulation in den "Frieden" der kalten Kriegsordnung generierte einen militär-industriellen Sektor, der das modernste Segment und den Kern der sowjetischen kalten Kriegsökonomie darstellte.
Aber die aus dieser Dynamik gewonnenen industriellen Entwicklungsschübe trugen nur beschränkt zu einer gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Rationalisierung bei. Die aus dem zweiten Weltkrieg, der ein fordistisch-tayloristischer Krieg war, entwickelte und verlängerte Produktionsorganisation, die der langen Welle der fordistischen Nachkriegsakkumulation zugrunde lag, geriet Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in die Krise. Damit erwies sich der rüstungstechnologische Weg in die industrielle Entwicklung als Sackgasse und der subhegemoniale sowjetische Status als überdehnt.

Wir versuchen zu zeigen, wie über den vergesellschafteten Rüstungskonkurrenzdruck eine Wertschöpfung (Raub) zugunsten der militärindustriellen Entwicklung in Gang gesetzt bzw. fortgesetzt wurde, die nur über die Reduktion des Reproduktionsniveaus der Mehrheit der sowjetischen Bevölkerungen auf ein Existenzminimum durchgesetzt werden konnte. Es ist das Modell einer kriegswirtschaftlichen Wertschöpfungsorganisation, das die Struktur des sowjetischen Industrialisierungsweges und seiner sozialen Organisation bestimmt. Die allgemeine Blockade des Werttransfers bei steigendem Bedarf des militär-industriellen Sektors angesichts einer technologisch gesteigerten Stufe der Rüstungskonkurrenz verhindert die Fortsetzung dieses Entwicklungsweges und leitet das Ende der militärisch-politischen Ordnungsfunktion der Sowjetunion in Ost- und Südosteuropa ein.

3. Anfang der 80er Jahre ist die Krise des sowjetischen Entwicklungsmodells manifest. Eine Riege technokratischer Modernisierer schickt sich unter dem Etikett von Glasnost und Perestroika an, den historischen Kompromiß zwischen den Verwertungsimperativen des sowjetischen Modernisierungsweges und dessen sozialer Negation in Gestalt einer sich widersetzenden Gesellschaftlichkeit von unten aufzubrechen. Es geht um die Reorganisation und Rationalisierung der Ausbeutungs- und Verwertungsbedingungen, um eine restrukturierte innersowjetische Arbeitsteilung, angeglichen an das transnationale Verwertungsdiktat. Die Vielfalt der sozialen und ökonomischen Angriffe zielten auf die Destruktion des sozialen und ökonomischen Alltags einer bislang "passiv" renitenten Gesellschaftlichkeit. Was in dieser "Reformperiode" in der Sowjetunion geschah, war eine umfassende politische, soziale und ökonomische Deregulierung zur Schaffung einer reorganisierten Akkumulationsbasis, befreit von den Fesseln sozialer Renitenz, für ein neues, produktives, rationales Akkumaltionsregime. Soziale Garantien wurden abgeschmolzen, gesicherte Alltagsstrukturen aufgebrochen und eine Zwangsmobilisierung initiiert. Was sich wie ein politisches und ökonomisches Chaos ausnimmt, war das Vorantreiben der Krise als ein Prozeß der blutigen Katharsis von den sozialen Schlacken der militärökonomischen Entwicklungs- und Wertschöpfungsordnung.
Modernisierung der blockierten Wertschöpfungsorganisation einerseits und "Demokratisierung" der politischen Macht als Antwort auf wachsende Legitimationsdefizite andererseits waren die beiden Fluchtpunkte der Modernisierer des sowjetischen Entwicklungsmodells. Aber, so resümierte A. Jakovlev, einer ihrer intellektuellen Köpfe, die Hauptillusion der Modernisierungselite habe darin bestanden, nicht von Anfang an begriffen zu haben, "daß die bestehende Gesellschaft nicht reformierbar war" (SZ v. 27.12.91). Im dritten Abschnitt werden wir die gewaltsamen Modernisierungsversuche eines industriellen Entwicklungsmodells exemplarisch darstellen.

4. Das Ende des in der Reformperiode eröffneten sozialen Krieges ist noch nicht abzusehen. Erst recht nicht ein neues politisch-ideologisches Regulationsmodell für eine "Ökonomie der Destruktion des Sozialen", die diese Übergangsphase, aber auch noch die nachfolgende gegenwärtige Phase prägt.
Die als lethargisch, passiv verurteilten Bevölkerungen setzten sich allerorten dem Krisenangriff zur Wehr. Am einen Ende der Skala sozialer Explosionen waren die Jugendrevolten, streetgangs vor allem in den südlichen Republiken und den Metropolen des Zentrums, am anderen Ende die zum Teil nationalistisch eingefärbten antikolonialen Befreiungskämpfe der verschiedenen Republiken. In ihnen verbanden sich, was heute offensichtlich zu Tage tritt, antikoloniale und soziale Klassenpotentiale mit denen nationaler Entwicklung und Modernisierung. Dazwischen lassen sich Nahrungsmittel-, Knast- und Lagerrevolten, militante ArbeiterInnenstreiks verorten, ein Klassen- und Verteilungskampf, der neue Formen sozialer Renitenz und sozialer Organisierung annimmt.
Auch wenn nach dem Ende der Transformationsperiode und dem Zerfall der Sowjetunion gegenwärtig ein ungeheurer ökonomischer und sozialer Druck auf die verschiedenen gesellschaftlichen Segmente existiert, so ist nicht absehbar, wie die verknüpfte Freisetzung und Mobilisierung sozialer Akteure und ihre politischen

Interessenartikulationen in eine neue Phase der produktiven Vernutzung und Verwertung kanalisiert werden können.
Wir nehmen im vierten Abschnitt die Fäden der sozialen Kämpfe wieder auf, die sich explosionsartig aus der Zerstörung des sozialen und ökonomischen Alltagslebens entzündeten. Dabei sind die Streik- und Kampfzentren der 60er und 70er Jahre oftmals Ausgangspunkte neuer sozialer Erhebungen. So liegt es nahe, daß auch die Geschichte der sozialen Kämpfe eigene Kontinuitäten aufweist, die über eine Aufstandsgeographie hinausgehen.

5. In einem letzten, fünften Abschnitt reflektieren wir kurz die Situation nach dme Ausnahmeregime vom 19.-21.8.1991.
Die Tendenz der politischen Entwicklungen und sozialen Auseinandersetzungen legten die Etablierung eines Ausnahmeregimes schon zu Jahresbeginn nahe, als im April 40 Mio. gegen das Krisenregime und gegen die soziale Verelendung auf die Straße gingen. Streikverbote, regionale Ausnahmedekrete und Notstandsmaßnahmen bereiteten das improvisierte Notstandskomitee vor. Das absehbare Scheitern des Notstandsregime beschleunigte den Zerfall der Sowjetunion und den Elitenwechsel in den politischen Machtzentralen Moskaus (Swerdlowsker Mafia).
Der Angriff des demokratisch gelifteten Staatssozialismus (Perestroika) auf die sowjetische Gesellschaft zur Überwindung der Modernisierungs- und Verwertungsblockade ist damit beendet, der autoritär-nationalistische beginnt.
Der Zerfall der Sowjetunion wird von nationalistischen Modernisierungs- oder Armutsverwaltungsdiktaturen, interethnischen Kriegen und massiven sozialen Auseinandersetzungen begleitet: ein Zerstörungs- und ethnischer Ausdifferenzierungsprozeß, dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

Zwei Thesenpapiere schließen den Artikel ab.
Eines zur Situation sowjetischer Frauen, denn das sowjetische militärindustrielle Entwicklungsmodell basierte wesentlich auf Vernutzung und Ausbeutung sowjetischer Frauen; sie waren für die sozialistischen Entwicklungsplaner der strategische "soziale Rohstoff", der zu allen Zeiten den Erfordernissen der Industrieentwicklung zu unterwerfen war.
So erweist sich das sozialistische Emanzipationsversprechen an die sowjetischen Frauen als patriarchales Unterwerfungskommando unter die industriellen und sozialen Entwicklungszyklen.
Die gegenwärtige Bedeutung der sowjetischen Frauen für eine Überlebensökonomie unterstreicht das Zitat von Ilja Raskin (Freitag Nr.6 v. 31.1.92): "Die 'alten Weiber' mit ihren Säcken und schweren Taschen spielen in der Sowjetgeschichte eine gewaltige Rolle. Ohne sie bräche die Versorgung der Bevölkerung in weniger als einem Monat völlig zusammen".
Ein zweites, älteres und überarbeitetes Thesenpapier zu den sogenannten Nationalitätenkonflikten skizziert noch einmal den Zusammenhang von kolonialer Wertschöpfungsordnung, bolschewistischer Initiierung von Ethnizität und nationalen Widerstandsbewegungen.

So weit ein thesenartiger Überblick über den folgenden Artikel. Es sind Facetten einer "anderen" Sowjetgeschichte, die bislang zu schreiben nicht unternommen wurde. Sie können vielleicht den Blick freigeben auf die soziale Seite des gegenwärtigen Krisenprozesses. Nicht, um neue Hoffnungen auf revolutionäre Veränderungen zu wecken, sondern um die politischen und sozialen Potentiale wahrzunehmen, die sich der sozialen und ökonomischen Entwertung durch die Rentabilitätsmaßstäbe des Weltmarkts entziehen oder sich gegen sie auflehnen.
Mit der Krise und dem Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells zerfällt die Hegemonialstruktur der kalten Kriegsordnung. Die geopolitische Instabilität fält mit der fortdauernden Krise des Fordismus und dem Ende des keynesianischen Wohlfahrtsstaats in den kapitalistischen Zentren der Weltökonomie zusammen. Gleichzeitig bedeutet es das endgültige Ende sozialistisch geprägter nationalstaatlicher Entwicklungsillusionen im Trikont. Diese Prozesse überlagern und potenzieren sich.

Und es ist vorläufig - wenn überhaupt - nicht abzusehen, daß in Ost- und Südosteuropa Regionen stabiler Kapitalverwertung - vielleicht von einigen Ausnahmen industriell hochentwickelter Zentren abgesehen - entstehen und die zerstörten nationalen Ökonomien (Deindustrialisierung) als peripherer Vorhof an die westeuropäische Entwicklung angebunden werden.
Eine Passage aus dem beachtenswerten Aufsatz von P. Scherer "Geopolitik" in Sozialismus 5/92 kann einen Ausblick auf eine Zukunft liefern, wie sie sich gegenwärtig schon abzuzeichnen beginnt.
"In der Dialektik von Widerstand und Repression - jener zweiten Koordinate der Weltpolitik - scheinen die repressiven Kräfte den weiteren Gang der Entwicklung zu bestimmen. Der Zusammenhang ist einfach: Wie anders als durch Gewalt - ökonomische wie außerökonomische - könnte das weltweite Apartheid-System aufrechterhalten werden? Wie anders sollte das Archipel kleiner Inseln der Produktivität des Reichtums und des erfolgreichen Opportunismus gegen das Meer der Verelendung eingedeicht werden? Seit Jahren geistert der Name Pinochet durch die russische Presse. Er ist zum Inbegriff 'gewaltsamer marktwirtschaftlicher Reformen' geworden (Moskau News 3/92). (...) Seit die russische Bevölkerung zu 90 Prozent unter die einstmals geltende Armutsgrenze gesunken ist, hören die Spekulationen um ein 'Regime der harten Hand' nicht mehr auf. Dabei spielt die Hoffnung durchaus eine Rolle, ein solches Regime könnte die Mindestfunktionen des gesellschaftlichen Lebens wieder in Gang bringen und somit eine gewisse Legitimität erlangen. Diese Erwartung verkennt, daß ein faschistisches Regime den Zerstörungsprozeß nur beschleunigen könnte: im Interesse einer hauchdünnen Kompradorenschicht, die schon jetzt der alleinige Nutznießer des Zusammenbruchs ist, und im Interesse des internationalen Rüstungskapitals, das Eurasien und insbesondere Zentralasien bereits als Kriegsschauplatz einplant. (...) Rußland ist heute das Zentrum der weltweiten Krise". Die Durchsetzung (repressiver Tendenzen in Osteuropa, d.V.) bedeutet keineswegs eine innere Befriedung. Die Struktur des repressiven Raumes bedarf der Front ebenso wie der Gefängnisse und Lager. Eine faschistische 'Krisenlösung' wäre auch in Eurasien identisch mit Krieg, Bürgerkrieg und Massenmord. Die Weltbank ist in einem internen Papier zu der bemerkenswerten Feststellung gekommen, 'daß gerade eine militärische Auseinandersetzung ebenso wie ein Bürgerkrieg unter Umständen wesentlich mehr Geld fließen lassen würde als eine friedliche Situation' (TAZ v. 19.2.92). Mit anderen Worten: Der Frieden in Eurasien ist nicht finanzierbar, ein Krieg hingegen könnte durchaus ein Geschäft sein."
Das vorherrschende rüstungsindustrielle Entwicklungsmodell in Osteuropa und der reaktionäre Verteidigungsnationalismus um minimale Entwicklungschancen angesichts der rasanten Entwertung ökonomischer und sozialer Ressourcen durch die Anpassung an die globalen Produktivitätsstandards schüren das osteuropäische Bürgerkriegsszenario. Es deutet sich an, daß der in Osteuropa zur Macht drängende Nationalismus zur bevorzugten Durchsetzungsweise einer neuen sozialen, postsozialistischen Ordnung nach außen und innen wird. Es ist aber nicht das einzige Reaktionsmuster auf die Marginalisierung Ost- und Südosteuropas, wie bspw. die explosiven Wellen sozialer Kämpfe in der Sowjetunion gezeigt haben. Und mit steigender Aussichtslosigkeit wird in Form von Massenmigration und -flucht der osteuropäische Armutsgürtel in die Wohlstandszentren einbrechen, auch wenn Migrationssoziologen bei einer vom Wiener Institut für höhere Studien veranstalteten Tagung im März d.J. zynisch fragten, wie etwa ein Hungernder aus Alma Ata, der wie die meisten kein Auto besitze, auswandern wolle, und Migrationserwartungen korrigierten, da das ländliche Proletariat nicht wanderungsfähig sei (SZ v. 25.3.92). Die soziale Mobilität, Ansprüche und Erwartungen, die die Entwertung und Zerstörung der osteuropäischen Gesellschaften begleiten, werden auf lange Sicht nicht durch aussichtslose Bürgerkriege und Nationalismus eingedämmt werden können, sondern nur durch eine Militarisierung der Grenzen.
Denn auch langfristig nicht wahrscheinlich ist eine politische und ökonomische Stabilisierung der osteuropäischen Region, in der das eine Ende der brennenden Lunte "Krise des Weltsystems" liegt.

Mai 1992

TERMINE

DEMOS

06.07. ... 17,oo Uhr * Weichselplatz, Ecke Pflügerstraße
NEUKÖLLNER KIEZDEMO

08.07. ... 17,00 Uhr * Kollwitzplatz (Prenzlberg)
bzw.18,00 Uhr * Rotes Rathaus (Alex)
"BEZAHLT WIRD NICHT"
Demo gegen die neuen Mieterhöhungen im Osten

DESWEITEREN

09.07. ... 19,3o Uhr * Infoladen "Bambule"
ERICH MÜHSAM COLLAGE - Videoveranstaltung

18.07. ... ab 15,oo Uhr * Senefelderplatz
LIBERTÄRER JAHRMARKT 92
Infos und Kontakt - Infoladen "Bambule"
Schönhauser Allee 20

EL LOCCO

Do 2.7. ... Frauen Film "Die Liebe zum Impe." ... 19,oo Uhr
Fr 3.7. ... Hörst. "Über den Hügeln" .... 18,oo Uhr
3.7. ... Video "Dschungelburger" ....21,oo Uhr
Sa 4.7. ... Video "Der Soja - Komplex" ....18,oo Uhr
4.7. ... Video "Septemberweizen" ....21,oo Uhr
So 5.7. ... Frauen Film "Usambara" ....18,00 Uhr
5.7. ... Video "Wasserzeichen" ....21,oo Uhr
Mi 8.7. ... Theater Statuentheater ....20,oo Uhr

STÄNDIG

Mi / 20,oo Uhr Offenes Treffen des Neuköllner ANTIUMSTRUKTURIERUNGSPLENUMS (NAUP) in der Lunte / Weisestr.53
U-Bhf Boddingstr

VIDEOKINO im Infoladen DANEBEN
Rigaer Str. 84 / Friedrichshain

2.7. ... 21,oo Uhr "Wertvolle Jahre"
BRD 1960, 60 min
Dokumentarfilm zum Widerstand gegen Startbahn, Frank Hoffmann und die Schüsse am 2.11.87

4.7. ... 21,oo Uhr "Alle 40 müssen raus"
Das erste Fernsehinterview mit Gefangenen aus der RAF


ES LEBE DIE MÜNCHNER RÄTE REPUBLIK